

## **Kapitel 3: Solidarität sichern**



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 12.06.2021  
Tagesordnungspunkt: PB-S Kapitel 3: Solidarität sichern

### 1 Kapitel 3: Solidarität sichern

2 Die Pandemie hat uns gezeigt, was eine Gesellschaft stark macht – dass man sich unterhakt  
3 und einander vertraut. Sie hat uns spüren lassen, wie kostbar Gemeinsamkeit für unser  
4 individuelles Glück ist, wie sehr wir andere Menschen brauchen und wie groß die Gefahr ist,  
5 wenn eine Gesellschaft auseinanderdriftet. Diese alte und doch noch mal neu erlebte  
6 Erfahrung ist Auftrag, Solidarität und Schutz in konkrete, bessere Politik zu übersetzen.  
7 Wir wollen alles dafür tun, die Bedingungen für ein gutes Leben – von Kindesbeinen an – zu  
8 schaffen: materielle Sicherheit, Chancen und Teilhabe zu garantieren und ein  
9 Sicherheitsversprechen für jede Lebenslage zu geben, das umso stärker ist, je mehr  
10 Unterstützung gebraucht wird. Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen, wenn die  
11 sozialen Voraussetzungen dafür nicht für alle gewährleistet werden. Gesellschaften ohne  
12 existenzielle Not sind krisenfester, solidarische und gleichberechtigte Gesellschaften  
13 stärker.

14 Corona hat uns schonungslos die Stärken und Schwächen unseres Sozialstaates vor Augen  
15 geführt: wie wichtig ein robustes Gesundheitssystem für alle ist, wie zentral eine  
16 Wirtschaftskraft ist, die für gesellschaftlichen Wohlstand und damit einen Sozialstaat  
17 sorgt, der Menschen bei Jobverlust oder Wirtschaftseinbruch vor Obdachlosigkeit bewahrt. Die  
18 Pandemie hat aber zugleich bestehende Ungleichheiten verschärft. Wer arm ist, wird schneller  
19 krank. Frauen tragen eine besondere Last in den systemrelevanten Berufen der Pflege, der  
20 Erziehung und im Einzelhandel, sind aber deutlich schlechter bezahlt und in  
21 Entscheidungsprozessen weniger repräsentiert. Freiberufler\*innen und Selbständige, die  
22 ohnehin schon größere Risiken eingehen, stürzen ohne Verdienst in Existenzangst oder -not.  
23 Wer Kinder oder Jugendliche allein oder getrennt erzieht, ist durch Kinderbetreuung,  
24 Homeschooling und Homeoffice noch mal mehr gefordert. Die Pandemie hat uns auf unsere  
25 individuellen Lebensumstände zurückgeworfen. Wenn die Wohnung eng ist, der Garten fehlt,  
26 aber die Schwimmhalle geschlossen ist, ist es dreifach schwer. Einsamkeit wird größer.

27 Jetzt ist die Zeit, die richtigen Lehren zu ziehen. Der Weg aus der Pandemie muss zu einem  
28 neuen sozialen Sicherheitsversprechen führen. Wir wollen Schritt für Schritt die sozialen  
29 Systeme so verändern, dass sie allen Menschen Sicherheit und Halt geben, auch in Zeiten  
30 persönlicher und gesellschaftlicher Umbrüche, und ihnen Teilhabe ermöglichen. Unsere  
31 Bibliotheken und Bolzplätze, Sport- und Musikvereine, Theater und Jugendzentren – kurz,  
32 unsere öffentlichen und sozialen Orte – sollten zu den schönsten und stärksten Räumen des  
33 Miteinanders werden.

34 Glück und Chancen dürfen nicht davon abhängen, ob man im Norden oder Süden, Osten oder  
35 Westen, in der Stadt oder auf dem Land lebt, entsprechend sind gleichwertige  
36 Lebensverhältnisse Verfassungsgrundsatz. Wir setzen alles daran, aus diesem oftmals noch  
37 unerfüllten Anspruch Realität zu machen. Wer auf dem Land wohnt, braucht genauso einen

38 Zugang zu Ärzt\*innen, schnellem Internet, öffentlicher Daseinsvorsorge wie Städter\*innen.  
39 Und wer in der Stadt lebt, muss auch dort guten und bezahlbaren Wohnraum finden können.  
40 Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit und für viele Menschen, viele Familien bis weit in  
41 die Mittelschicht hinein eine der Existenz.

42 Unser Gesundheitssystem soll allen eine gleichwertige Gesundheitsversorgung garantieren,  
43 aber es klaffen Lücken: Gesundheitsämter wurden kaputtgespart, in Krankenhäusern und der  
44 Verwaltung fehlt Personal, die, die da sind, arbeiten am Anschlag. Wir wollen die Vorzeichen  
45 ändern und Vorsorge zum Leitprinzip machen: Kliniken sollen ihrem gesellschaftlichen Auftrag  
46 entsprechend finanziert werden, auch auf dem Land braucht es Zugang zu Geburtshilfe und  
47 Notfallhilfen. In der Pflege setzen wir uns ein für bessere Arbeitsbedingungen, mehr  
48 Personal, Sicherheit für Menschen, die Pflege benötigen, und für diejenigen, die Angehörige  
49 oder Freund\*innen pflegen.

50 Digitalisierung, globaler Wettbewerb und der nötige Umbau der Wirtschaft bedeuten für viele  
51 Menschen große Veränderungen, die mit der Angst vor Verlusten einhergehen. Aber Angst lähmt  
52 und macht mürbe. Menschen benötigen auch im Übergang Sicherheit. Es gilt die Risiken  
53 abzusichern und Perspektiven zu geben, etwa durch eine Arbeitsversicherung und durch  
54 Weiterbildung. Starke Tarifpartner, starke Gewerkschaften und demokratische Mitbestimmung  
55 können ebenfalls dazu beitragen, die großen Herausforderungen beim Übergang in eine sozial-  
56 ökologische Marktwirtschaft gemeinsam zu bewältigen. Wir werden zeigen, dass Transformation  
57 und Digitalisierung hin zu einem klimagerechten Wohlstand zukunftsfähige Jobs schaffen, mit  
58 guten Arbeitsbedingungen und gerecht verteilter Arbeit.

## 59 **Wir fördern Kinder, Jugendliche und Familien**

### 60 **Kinder in den Mittelpunkt**

61 Kinder müssen sich bestmöglich und frei entfalten können. Dabei haben sie ein Recht auf  
62 besonderen Schutz, Förderung und Beteiligung. Kinder sind Menschen mit eigenen  
Bedürfnissen,  
63 die es zu erkennen und zu stärken gilt. Wir werden sicherstellen, dass die Rechte und das  
64 Wohl von Kindern bei staatlichen Entscheidungen ein größeres Gewicht bekommen und  
maßgeblich  
65 berücksichtigt werden. Deshalb müssen starke Kinderrechte entlang der Grundprinzipien der  
66 UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz. Mit einem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und  
67 Jugendbeteiligung wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen über ihre  
68 Rechte informiert sind und unabhängig vom soziokulturellen Hintergrund und vom  
69 Aufenthaltsstatus altersgerecht und niedrigschwellig Beteiligung leben können. Die  
70 Jugendarbeit spielt hierbei eine wichtige Rolle, darum wollen wir die Jugendverbände mit  
71 einem Verbandsklagerecht gegenüber Kommunen stärken. Demokratie darf kein abstrakter  
Begriff  
72 sein, sondern muss immer wieder im eigenen Alltag erfahren und erprobt werden können.  
73 Werdende Demokrat\*innen brauchen Mitmach- und Medienkompetenz sowie politische Bildung,  
die  
74 wir als Querschnittsaufgaben in Kitas, Schulen und Jugendhilfe konzeptionell und finanziell  
75 stärken. Auch wollen wir die Unabhängigkeit der Bundeszentrale für politische Bildung  
76 stärken. Bei allen Angeboten im Sozialraum, bei allen Bau- und Wohnumfeldmaßnahmen, die

77 Kinder und Jugendliche betreffen, werden wir sie beteiligen, ihr Wohl sichern und dies im  
78 Baugesetzbuch und im Bundesimmissionsschutzgesetz berücksichtigen.

### 79 **Eine Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut**

80 In einem reichen Land wie Deutschland darf kein Kind in Armut aufwachsen – doch vor allem  
81 bei Ein-Eltern-Familien (Alleinerziehenden), Geringverdienenden mit Kindern oder Familien  
82 mit mehr als zwei Kindern reicht das Geld oft vorn und hinten nicht. Kinderarmut bedeutet  
83 auch Ausgrenzung, Diskriminierung und schlechtere Bildungschancen. Jedes Kind verdient  
84 unsere Unterstützung, denn Zukunftschancen dürfen nicht von der sozialen Herkunft abhängen.  
85 Daher werden wir eine Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut  
86 entwickeln und umsetzen. Neben hervorragender Infrastruktur werden wir Familien mit einer  
87 einfachen und gerechten Kinder- und Familienförderung stärken: der Kindergrundsicherung.  
88 Unser Vorhaben: Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für Kinder und  
89 die Bedarfe für Bildung und Teilhabe in eine neue, eigenständige Leistung zusammenzufassen.  
90 Mit der Kindergrundsicherung bekommt jedes Kind einen festen Garantie-Betrag, Kinder in  
91 Familien mit geringem oder gar keinem Einkommen erhalten zusätzlich noch einen  
GarantiePlus-  
92 Betrag. Je niedriger das Familieneinkommen, desto höher der GarantiePlus-Betrag. Nach  
93 einmaliger Beantragung bei der Geburt wird die Höhe der Kindergrundsicherung automatisch  
von  
94 der Familienkasse berechnet, die sie dann auch auszahlt. So kommt die Kindergrundsicherung  
95 garantiert bei jedem Kind an und Schritt für Schritt beenden wir Kinderarmut. Sie ist  
96 gerecht, denn Kinder, die mehr brauchen, bekommen auch mehr. Die Kindergrundsicherung  
97 verbinden wir mit einer Neuermittlung dessen, was Kinder zum Leben brauchen.

### 98 **Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder**

99 Ob Kita, Kindertagespflege, Hortbetreuung, Familienberatung, Hilfen zur Erziehung oder  
100 Angebote der Jugendarbeit – die öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe  
101 begleiten Familien beim Aufwachsen der Kinder. Sozialarbeiter\*innen und pädagogische  
102 Mitarbeiter\*innen leisten dabei unter hohem Zeit- und Arbeitsdruck Enormes. Durch  
103 gesetzliche Vorgaben zur Personalplanung wollen wir für besser ausgestattete Jugendämter und  
104 Entlastung der Fachkräfte sorgen. Qualitätsstandards wollen wir überall in der Kinder- und  
105 Jugendhilfe verbindlich erstellen und gemeinsam mit Verbänden, Trägern und Wissenschaft  
106 weiterentwickeln. Leistungsansprüche von Kindern und Jugendlichen mit körperlichen und  
107 geistigen Behinderungen werden bisher in einem eigenen Sozialgesetzbuch für Menschen mit  
108 Behinderungen geregelt. Mit einem Bundesinklusionsgesetz soll sichergestellt werden, dass  
109 alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe künftig so ausgestaltet sind, dass sie sich auch  
110 an Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ihre Familien richten. Die bestehenden  
111 Rechtsansprüche gelten für sie weiter. Wir wollen auf dem eingeschlagenen Weg hin zu einem  
112 inklusiven SGB VIII zügiger voranschreiten. Daher werden wir die Länder und Kommunen, die  
113 bereits vor Umsetzung des Bundesinklusionsgesetzes alle Kinder unter dem Dach der  
114 Jugendhilfe vereinen wollen, mit einem Bundesmodellprogramm unterstützen. So können  
115 wertvolle Anregungen für den bundesweiten Umstrukturierungsprozess gewonnen werden. Den  
116 Kostenbeitrag von Jugendlichen in einer vollstationären Einrichtung oder Pflegefamilie  
117 wollen wir abschaffen.

**118 Selbstwirksamkeit und Mitbestimmung - Jugend als eigenständige****119 Lebensphase stärken**

120 Jugendliche und junge Erwachsene müssen sich frei und selbstbestimmt entwickeln können.  
 121 Verantwortungsvolle, selbstbewusste und mündige Jugendliche sollen über alle  
 122 Angelegenheiten, die sie betreffen, mitentscheiden und sichere Lernorte und Freiräume haben,  
 123 die sie selbst mitgestalten. Damit junge Menschen ihre Ideen und Rechte auch wirksam  
 124 einbringen bzw. einfordern können, wollen wir niedrigschwellige Beteiligungsgremien wie  
 125 Kinder- und Jugendparlamente, insbesondere auf kommunaler Ebene, stärken. Wir werden  
 126 Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Demokratiebildung verlässlich unterstützen. Die  
 127 Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Frühe Hilfen und alle Formen von Hilfen  
 128 zur Erziehung werden wir gemeinsam mit Ländern und Kommunen sicherstellen und Räume für  
 129 Jugendliche nachhaltig fördern. Politik mit und für junge Menschen braucht in Zeiten der  
 130 Globalisierung eine internationale Ausrichtung. Deshalb stärken wir internationale  
 131 Begegnungen und Austauschprogramme.

**132 Teilhabe und Schutz in der digitalen Welt**

133 Viele Kinder und Jugendliche wachsen mit Tablets, Smartphones und Co. auf – wir müssen  
 134 sicherstellen, dass sie selbstbestimmt, sicher und gesund in der digitalen Welt groß werden.  
 135 Wir stärken die digitale Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Eltern, Bildungseinrichtungen  
 136 und der Jugendhilfe mit Fortbildungen für Fachkräfte und Unterstützungsangeboten für Eltern.  
 137 Alle sollen digitale Kompetenzen erwerben können, das geht nur mit entsprechender Hardware  
 138 und Internetanbindung: Kinder, die in Armut leben, erhalten für die Schule ein digitales  
 139 Endgerät, wenn sie dieses benötigen. Auch dem Suchtpotenzial und den Gesundheitsrisiken der  
 140 übermäßigen Nutzung digitaler Anwendungen möchten wir begegnen. Kinder und Jugendliche  
 141 brauchen im Netz besonderen Schutz vor Straftaten wie Hassrede,  
 142 Cybergrooming oder sexualisierter Gewalt. Dem Mobbing im Netz wollen wir einen Riegel  
 143 vorschieben. Dafür setzen wir auf eine Präventionsstrategie mit verpflichtenden sicheren  
 144 Voreinstellungen für Plattformen und altersgerechten und leicht auffindbaren Informations-  
 145 und Beschwerdemöglichkeiten. Die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz soll in  
 146 ihren Kompetenzen gestärkt werden. Vor kommerziellem Sammeln ihrer Daten durch private  
 147 Anbieter werden wir Kinder schützen.

**148 Kinder vor Gewalt schützen**

149 Für viele Kinder und Jugendliche ist psychische, körperliche, sexualisierte Gewalt und  
 150 Vernachlässigung leidvoller Alltag. Dagegen gehen wir hart vor – mit starker Prävention,  
 151 konsequenter Aufarbeitung und Strafverfolgung sowie weiteren Maßnahmen zur  
 152 Qualitätssicherung und zum Kinderschutz in familiengerichtlichen Verfahren. Das oberste Ziel  
 153 ist es, Taten zu verhindern. Dafür braucht es Aufklärung, Qualifizierung, altersgerechte  
 154 Präventionsprogramme und gelebte Schutzkonzepte sowie die Kooperation aller Akteur\*innen  
 155 überall dort, wo Kinder und Jugendliche sich aufhalten und betreut werden. Basiswissen über  
 156 Kinderrechte, insbesondere Beteiligung, Sensibilisierung und Schutz bei  
 157 Kindeswohlgefährdung und sexualisierter Gewalt, gehören in die Curricula für Jura, Medizin,  
 158 Pädagogik und Polizei. Die Fortbildungspflicht für Familienrichter\*innen und die  
 159 Anforderungen an die Qualifikation von Verfahrensbeiständen sind klar gesetzlich zu regeln.  
 160 Alle zivilgesellschaftlichen und politischen Ebenen und Kräfte müssen den Kampf gegen  
 161 sexualisierte Gewalt an Kindern zu einem zentralen Thema machen. Organisationen, die Kinder  
 162 betreuen, tragen dabei eine besondere Verantwortung. Die wichtige Arbeit des Unabhängigen

163 Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs werden wir auf eine gesetzliche  
 164 Grundlage stellen und damit dauerhaft absichern und dabei auch die Zuständigkeiten der  
 165 Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs adäquat verankern.  
 Wir

166 werden bundesweit spezialisierte Fachberatungsstellen systematisch ausbauen sowie  
 167 telefonische und Online-Beratungsangebote finanziell absichern.

### 168 **Mehr Zeit für Familien**

169 Den Kopf frei haben für die Familie und die Kinder, auch wenn sie krank sind, das ist unser  
 170 Ziel. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine gesamtgesellschaftliche  
 171 Verantwortung, der wir uns gemeinsam mit Wirtschaft und öffentlichen Institutionen stellen.

172 Alle Eltern sollen Elternzeit unkompliziert in Anspruch nehmen können. Mit der KinderZeit  
 173 Plus wollen wir das Elterngeld auf 24 Monate ausweiten: Pro Elternteil je acht Monate,  
 174 weitere acht Monate können flexibel untereinander aufgeteilt werden. Wird die KinderZeit  
 175 Plus Teilzeit in Anspruch genommen, verlängert dies entsprechend den Bezugszeitraum. Sie  
 176 kann bis zum 14. Geburtstag des Kindes genommen werden, denn auch bei älteren Kindern  
 kann

177 zeitweise mehr Aufmerksamkeit nötig sein. Die Bedarfe der Familien von Kindern mit  
 178 Behinderung sollen zusätzlich Berücksichtigung finden. Wir unterstützen Eltern dabei,  
 179 Familie und Arbeit mit einer neuen Arbeitszeitkultur und einem flexiblen Vollzeitkorridor in  
 180 eine ausgewogene

181 Balance zu bringen, Familien- und Hausarbeit partnerschaftlich zu teilen und Teilzeitfallen  
 182 zu vermeiden. Niemand soll sich zwischen Kind und Job, Ausbildung oder Studium entscheiden  
 183 müssen, darum soll der Anspruch auf ein Kinderkrankengeld auf 15 Tage im Jahr pro Kind und  
 184 Elternteil steigen, Alleinerziehende bekommen 30 Tage. Weil gerade in den ersten  
 185 Lebensjahren viele Infekte mitgenommen werden, sollte es in dieser Zeit einen zusätzlichen  
 186 erhöhten Anspruch auf Kinderkrankengeld geben. Die Altersgrenze wollen wir auch hier auf 14  
 187 Jahre anheben, ein ärztliches Attest wird erst ab dem vierten Erkrankungstag des Kindes  
 188 verpflichtend. Für die besondere Zeit direkt nach der Geburt wollen wir neben dem  
 189 Mutterschutz auch für den zweiten Elternteil eine 14-tägige Freistellung einrichten. Die  
 190 Mutterschutzregelungen sollen auch nach einer Totgeburt ab der 20. Schwangerschaftswoche  
 191 möglich sein.

### 192 **Alleinerziehenden den Rücken stärken**

193 Ein-Eltern-Familien (Alleinerziehende) leisten enorm viel und dennoch ist mehr als ein  
 194 Drittel von Armut bedroht. Mit der Kindergrundsicherung helfen wir mehrfach: Mit der  
 195 Neuermittlung der Mindestbedarfe von Kindern und Jugendlichen steigt auch der  
 196 Mindestunterhalt. Und anders als beim heutigen Kindergeld soll nur die Hälfte auf den  
 197 Unterhaltsvorschuss angerechnet werden. Nach einer Trennung soll es für getrennt erziehende  
 198 Eltern bei der Betreuung nicht zusätzlich knirschen, darum werden Mehrkosten für die  
 199 Ausübung des Umgangs und Betreuungsleistungen angemessen berücksichtigt. Für getrennt  
 200 erziehende Eltern im Grundsicherungsbezug wollen wir einen Umgangsmehrbedarf einführen.

Das

201 Betreuungsmodell soll im Einzelfall am Kindeswohl orientiert gefunden und nicht schematisch  
 202 definiert werden. Ob ein wichtiger Abendtermin im Job, ein Beratungsgespräch oder Arztbesuch  
 203 – Kinder können und sollten nicht immer dabei sein. Es gilt, familienunterstützende  
 204 Dienstleistungen zu fördern, zum Beispiel für ergänzende Kinderbetreuung oder haushaltsnahe

205 Dienstleistungen. Das ist besonders im Krankheitsfall wichtig, denn Kinder und Haushalt  
206 müssen trotzdem versorgt sein.

### 207 **Absicherung für alle Familienformen**

208 Ob Alleinerziehende, Patchwork-, Stief- oder Regenbogenfamilie – Familien sind vielfältig  
209 und diese Vielfalt muss ein modernes Familienrecht auch abbilden. Dazu gehört auch ein  
210 modernes und liberales Namensrecht. Soziale Eltern übernehmen innerhalb der Familie oft  
211 Verantwortung und sind wichtige Wegbegleiter. Rechtlich gesehen sind sie aber auch nach  
212 Jahren Außenstehende für ihr Kind: Im Kindergarten, in der Schule oder bei Ärzt\*innen ist es  
213 nicht vorgesehen, dass sie Entscheidungen für ihre Kinder treffen. Mit der Weiterentwicklung  
214 des „kleinen Sorgerechts“ hin zu einem Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung, die,  
215 auch schon vor Zeugung, auf Antrag beim Jugendamt auf bis zu zwei weitere Erwachsene neben

216 den leiblichen Eltern übertragen werden kann, geben wir allen Beteiligten mehr Sicherheit  
217 und stärken Mehr-Eltern-Familien und soziale Elternschaft. Zwei-Mütter-Familien sollen nicht  
218 mehr durch das Stiefkindadoptionsverfahren müssen, darum streben wir an, das  
219 Abstammungsrecht zu reformieren, sodass die Co-Mutter analog zu Vätern in Ehen zwischen  
220 einem Mann und einer Frau automatisch als zweites rechtliches Elternteil gilt. Das  
221 Abstammungsrecht muss zudem die Elternschaft von Menschen mit Geschlechtseintrag „divers“

222 berücksichtigen. Bei Kinderwunsch sollen alle Paare und alleinstehende Frauen die  
223 Möglichkeit einer Kostenerstattung für die künstliche Befruchtung erhalten. Alle Kinder  
224 benötigen einen klaren Rechtsstatus; das Persönlichkeitsrecht auf Kenntnis der eigenen  
225 Abstammung muss für alle Kinder gewahrt werden. Verantwortung wird nicht nur da füreinander

226 übernommen, wo Kinder sind. Mit dem Pakt für das Zusammenleben werden wir eine neue  
227 Rechtsform schaffen, die das Zusammenleben zweier Menschen, die füreinander Verantwortung

228 übernehmen, unabhängig von der Ehe rechtlich absichert.

### 229 **Wir sorgen für gute Arbeit und faire Löhne**

#### 230 **Mindestlohn anheben**

231 Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Und die Menschen brauchen gute Arbeitsbedingungen.  
Aber

232 in unserem reichen Land arbeiten noch immer Millionen Menschen im Niedriglohnsektor mit  
233 schlechten Löhnen und in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Besonders oft sind davon  
234 Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte betroffen. Das wollen wir ändern. Den  
235 gesetzlichen Mindestlohn werden wir sofort auf 12 Euro anheben. Anschließend muss der  
236 Mindestlohn weiter steigen, um wirksam vor Armut zu schützen und mindestens der  
Entwicklung

237 der Tariflöhne zu entsprechen. Die Mindestlohnkommission wollen wir reformieren und mit  
238 diesem Auftrag ausstatten. Die bestehenden Ausnahmen für unter 18-Jährige und  
239 Langzeitarbeitslose werden wir abschaffen. Leiharbeiter\*innen sollen vom ersten Tag an den  
240 gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen wie Stammbeschäftigte – plus Flexibilitätsprämie.  
241 Fair zahlende Unternehmer\*innen dürfen keine Wettbewerbsnachteile erleiden. In Zeiten von  
242 Corona zeigt sich besonders, dass das Kurzarbeitergeld für Beschäftigte mit kleinen Löhnen

243 zu niedrig ist. Deshalb braucht es ein branchenunabhängiges Mindestkurzarbeitergeld. Ohne  
244 sachlichen Grund dürfen Arbeitsverträge nicht mehr befristet werden. Gegen den vielfachen  
245 Missbrauch von Werkverträgen und die Abwälzung unternehmerischer Verantwortung mittels  
246 Subunternehmerketten gehen wir ordnungspolitisch vor. Wir wollen den Arbeitsschutz stärken,  
247 damit er wirksam vor Stress, Burn-out und Entgrenzung der Arbeit schützt. Mobbing und  
248 Diskriminierung am Arbeitsplatz nehmen wir ernst und wollen durch klare Sanktionen und  
249 verpflichtend zu schaffende Anlaufstellen besser davor schützen.

### 250 **Vollbeschäftigung schaffen**

251 Wir wollen allen Menschen ermöglichen, am Arbeitsleben teilzuhaben, denn ein guter  
252 Arbeitsplatz ist eine wichtige Quelle für Einkommen, Anerkennung und Selbstverwirklichung.  
253 Dazu müssen wir gute und sichere Jobs schaffen. Wir wollen die Beschäftigung weiter erhöhen  
254 und damit auch verhindern, dass Corona langfristige Spuren am Arbeitsmarkt hinterlässt. Mit  
255 dauerhaft höheren öffentlichen Investitionen, mehr Gründungsgeist und Forschung sowie  
256 Innovation wollen wir ein Umfeld für viele neue Jobs schaffen. Der deutsche Arbeitsmarkt war  
257 dabei in den letzten Jahren gespalten: Fachkräftemangel und deutliche Lohnsteigerungen für  
258 Hochqualifizierte in einigen Branchen, prekäre Beschäftigung, unfreiwillige Teilzeit und  
259 stagnierende Reallöhne in anderen. Dem wollen wir mit einer sozial gerechten Arbeitspolitik  
260 entgegenreten. Damit sorgen wir für gute Löhne und trocken den Niedriglohnsektor  
261 mittelfristig aus. Selbständige brauchen gute Rahmenbedingungen und eine bessere soziale  
262 Absicherung. Strukturelle Ursachen für Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir bekämpfen. Für  
263 Menschen, die lange arbeitslos sind, schaffen wir einen dauerhaften sozialen Arbeitsmarkt,  
264 der sinnstiftende Tätigkeiten vermittelt.

### 265 **Sozialpartnerschaft stärken, Tarifbindung erhöhen**

266 Sozialpartnerschaft, Tarifverträge und Mitbestimmung sind Eckpfeiler der sozialen  
267 Marktwirtschaft. Sie haben unser Land stark gemacht. Da, wo sie gelten, sorgen sie meistens  
268 für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Wir wollen, dass Tarifverträge und starke  
269 Mitbestimmung wieder für mehr anstatt für immer weniger Beschäftigte und Betriebe gelten.  
270 Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum  
271 Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Dafür setzen wir auf  
272 ein Bundestariftreugesetz. Zudem wollen wir es leichter machen, Tarifverträge für  
273 allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie für alle in einer Branche gelten. Tarifflicht  
274 darf sich für Unternehmen nicht lohnen. Wir wollen Betriebe verpflichten zu veröffentlichen,  
275 ob sie Tarifvertragspartei sind. Bei Umstrukturierungen sollen die bisherigen tariflichen  
276 Regelungen gelten, bis ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen wurde. Paritätische  
277 Mitbestimmung soll es zukünftig bereits in Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten  
278 geben und wir wollen ein Schlichtungsverfahren einführen, wenn sich Entscheidungen  
279 besonders  
280 stark auf die Beschäftigten auswirken. Betriebsräte, die sich für Mitarbeiter\*innen  
281 einsetzen, brauchen auch selbst mehr Schutz. Gleiches gilt auch für die Beschäftigten, die  
282 erstmals einen Betriebsrat gründen wollen. Die Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte,  
283 Personalräte und auch Jugend- und Ausbildungsververtretungen wollen wir ausbauen und  
284 modernisieren, unter anderem wenn es um Personalentwicklung, Weiterbildung,  
285 Standortverlagerungen ins Ausland, die Stärkung von Frauen, die Förderung von Vielfalt oder  
286 die Verbesserung der Klimabilanz im Unternehmen geht. Die stärkere finanzielle Beteiligung  
286 von Mitarbeiter\*innen an den Unternehmen,

287 zusätzlich zu Lohn und Gehalt, kann mehr Mitgestaltung bewirken. Der Wandel der Arbeitswelt,  
288 den Digitalisierung und ökologische Transformation mit sich bringen, muss gemeinsam mit den  
289 Beschäftigten im Betrieb gestaltet werden.

### 290 **Selbstbestimmter arbeiten, digitale Chancen nutzen**

291 Wir wollen Beschäftigte dabei unterstützen, ihre Arbeit besser an ihr Familien- und  
292 Privatleben anzupassen. Eine moderne Arbeitswelt bedeutet für uns auch mehr Mitsprache bei  
293 Ort, Lage und Umfang der Arbeit. In der Corona-Krise wurde das Arbeiten von zu Hause zu  
294 einer weit verbreiteten Erfahrung, für viele verbunden mit mehr Eigenständigkeit und weniger  
295 Stress, wenn etwa das lange Pendeln wegfiel. Für andere aber auch zur echten Belastungsprobe

296 – wenn zu Hause Arbeitszimmer, Arbeitsschutz und auch Kolleg\*innen fehlen oder Arbeit  
297 entgrenzt. Die Möglichkeit zur Selbstbestimmung im Arbeitsleben wollen wir daher erhalten  
298 und stärken, indem wir ein Recht auf mobiles Arbeiten einführen – mit Blick auf betriebliche  
299 Möglichkeiten, aber auch mit strikten Schutzkriterien und starkem Einfluss der  
300 Interessenvertretungen versehen. Das mobile Arbeiten kann im Homeoffice oder im nahe  
301 gelegenen Co-Working-Space stattfinden, der Wechsel dorthin muss immer freiwillig  
302 stattfinden und mit einem Rückkehrrecht sowie mit ausreichend Zeit an einem Arbeitsplatz im  
303 Unternehmen verbunden sein.

### 304 **Mehr Freiraum bei der Arbeitszeit**

305 Ob im Büro, in der Pflege oder auf Montage – für viele Menschen ist der körperliche oder  
306 psychische Druck durch Arbeit gewachsen. Gleichzeitig ist Zeit zu haben – für sich selbst  
307 oder die Familie – für viele Menschen ein immer größerer Wert. Kürzere Arbeitszeiten, wie  
308 beispielsweise die IG Metall sie als Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels in der  
309 Automobilbranche vorgeschlagen hat, begrüßen wir, denn sie bieten die Chance, Arbeit  
310 gerechter zu verteilen, Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitnehmer\*innen zu entlasten. Wir  
311 wollen Beschäftigte in Branchen, in denen die Belastung besonders hoch ist, mit besseren  
312 Arbeitsbedingungen unterstützen. Darüber hinaus sollen die Möglichkeiten aller  
313 Arbeitnehmer\*innen, selbst flexibler über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen – gerade um  
314 die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern und Zeit für sich selbst zu haben –,  
315 verbessert werden. Dafür wollen wir die starre Vollzeit umgestalten, etwa mit Hilfe eines  
316 flexiblen Arbeitszeitkorridors, und insbesondere die Sozialpartner unterstützen, flexible  
317 Arbeitszeitmodelle zum Vorteil der Arbeitnehmenden zu ermöglichen. Versuche, das  
318 Arbeitszeitgesetz zum Nachteil der Arbeitnehmer\*innen aufzuweichen, lehnen wir ab. Die  
319 Arbeitszeit soll künftig dokumentiert werden, so wie es der Europäische Gerichtshof in einem  
320 Urteil entschieden hat. Wir setzen uns für eine bessere Kontrolle existierender Regelungen  
321 ein, um Beschäftigte, deren tatsächliche Arbeitszeit regelmäßig über 40 Stunden liegt, zu  
322 stärken.

### 323 **Arbeitsversicherung stärkt Chancen**

324 Wir wollen die Arbeitsmarktpolitik auf die Zukunft ausrichten und die  
325 Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umbauen. Zentral dafür sind ein  
326 Rechtsanspruch auf Weiterbildung und die Stärkung der beruflichen Qualifikation. In einer  
327 Welt, in der häufige Berufswechsel für Viele Normalität sind und man nicht mehr automatisch  
328 40 Jahre im gleichen Betrieb arbeitet, brauchen alle Menschen Anlaufstellen und  
329 Unterstützung, um ihr Berufsleben selbstbestimmt zu gestalten. Überall dort, wo es eine



330 Arbeitsagentur gibt, sollen Bildungsagenturen zentrale Anlaufstellen werden und Menschen bei  
331 der Neuorientierung unterstützen, Weiterbildungsberatung und -förderung sollen damit  
332 vereinfacht werden. Die Förderung des lebensbegleitenden Lernens für Menschen mit  
333 Behinderungen wollen wir ausbauen. Den Zugang zur Arbeitsversicherung werden wir deutlich  
334 erleichtern und bereits ab vier Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung einen  
335 Anspruch auf Arbeitslosengeld einführen. Auch selbständige Berufstätigkeit muss sozial  
336 besser abgesichert werden. Dafür vereinfachen wir den Zugang zur freiwilligen  
337 Arbeitslosenversicherung und schaffen eine Zugangsmöglichkeit für alle Selbständigen, auch  
338 über die Auswahl zwischen zwei Tarifen. Selbständige sollen damit neben dem Anspruch auf  
339 Arbeitslosengeld I auch einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld in besonderen Notsituationen wie  
340 beispielsweise während einer Pandemie erhalten. Wir wollen Gründungen aus Phasen der  
341 Arbeitslosigkeit heraus besser fördern und durch die Krise zurückgeworfenen  
342 Berufsanfänger\*innen mit einem Einstiegszuschuss eine Brücke in den Arbeitsmarkt bauen.

### 343 **Besserer Schutz bei online vermittelter Arbeit**

344 Vom Handwerkerdienst über Software-Entwicklung bis zur Reinigung – immer mehr  
345 Dienstleistungen werden über Online-Plattformen vermittelt (Gig-Working) oder finden sogar  
346 ortsunabhängig in der Cloud statt (Crowd-Working). Die Digitalisierung von Tätigkeiten und  
347 die digitale Vermittlung von Arbeit bergen viele neue Chancen. Aber Arbeitsrecht und  
348 Arbeitsschutz müssen an die Onlinewelt angepasst werden, damit daraus nicht neue Formen  
349 von  
349 Ausbeutung und Abhängigkeiten entstehen. Wir wollen online getätigte oder vermittelte Arbeit  
350 regulieren, um dort arbeitenden Menschen den gleichen Schutz zu gewähren wie den analog  
351 Arbeitenden. Wir wollen Scheinselbständigkeit verhindern, indem wir bei der Abgrenzung  
352 zwischen selbständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung für mehr Rechts- und  
353 Planungssicherheit sorgen. Wenn der/die Auftragnehmer\*in angibt, einen Arbeitnehmerstatus zu

354 haben, soll künftig der/die Auftraggeber\*in beweisen, dass dem nicht so ist. Unfares Preis-  
355 Dumping gilt es durch ein Mindesthonorar für zeitbasierte Dienstleistungen zu unterbinden.  
356 Arbeitnehmerähnliche Personen und Solo-Selbständige sollen sich künftig leichter tariflich  
357 organisieren können und branchenspezifisch sollen weitere verbindliche Honoraruntergrenzen  
358 vereinbart werden können, die auch für allgemeinverbindlich erklärt werden können.  
359 Plattformbetreiber tragen eine Verantwortung für ihre Auftragnehmer\*innen. Wir wollen mit  
360 klaren Mindeststandards beim Arbeits- und Datenschutz und bei den allgemeinen  
361 Geschäftsbedingungen, mit einem starken Beschäftigtendatenschutz und einem digitalen  
362 Zugangsrecht für Gewerkschaften für Fairplay bei der Plattformökonomie und insgesamt in der  
363 digitalen Arbeitswelt sorgen.

### 364 **Faire Arbeitsbedingungen für Beschäftigte aus europäischen 365 Nachbarstaaten**

366 In jedem europäischen Nachbarland arbeiten zu können, das ist eine der großen  
367 Errungenschaften unseres vereinten Europas. Was in hochqualifizierten Berufen viel Freiheit  
368 gebracht hat, führte in manchen Dienstleistungsbereichen zu ausbeuterischen  
369 Arbeitsrealitäten. Missstände in den deutschen Schlachthöfen haben das schlaglichtartig  
370 gezeigt. Doch auch anderswo, zum Beispiel auf dem Bau oder in der Pflege, herrschen vielfach  
371 ausbeuterische Verhältnisse. Wir wollen, dass alle Beschäftigten – egal, wie lange sie hier  
372 arbeiten – genauso gut bezahlt und abgesichert sind wie ihre deutschen Kolleg\*innen. Dafür

373 braucht es ein wirksames Vorgehen gegen Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit, ein  
374 Verbandsklagerecht der Gewerkschaften, eine europäische Sozialversicherungsnummer, höhere  
375 Mindeststandards für Unterkünfte von entsandten Beschäftigten, die Abschaffung der  
376 sozialversicherungsfreien kurzfristigen Beschäftigung, eine bessere Regulierung der  
377 Vermittlungsagenturen und mehr Kontrolle durch eine gestärkte Europäische Arbeitsbehörde.  
378 Arbeitnehmer\*innen aus anderen EU-Staaten müssen besser über ihre Rechte informiert werden  
379 und wir setzen uns auf europäischer Ebene für eine bessere soziale Absicherung für  
380 arbeitssuchende EU-Bürger\*innen ein.

## 381 **Wir schaffen Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern**

### 382 **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**

383 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, von dieser Selbstverständlichkeit sind wir immer  
384 noch weit entfernt. Durchschnittlich verdienen Frauen, vor allem wenn sie sich um Kinder  
385 oder Pflegebedürftige kümmern, im gesamten Erwerbsleben etwa nur halb so viel wie Männer,  
386 was sich auch in ihrer ungenügenden Alterssicherung bemerkbar macht. Deswegen setzen wir  
uns

387 auf europäischer Ebene für eine ambitionierte EU-Richtlinie für Lohngleichheit ein und  
388 werden national ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz einführen, das auch für kleine  
389 Betriebe gilt und die Unternehmen verpflichtet, von sich aus über die Bezahlung von Frauen  
390 und Männern und über ihre Maßnahmen zum Schließen des eigenen Pay-Gaps zu berichten.  
Dieses

391 Gesetz muss auch ein wirksames Verbandsklagerecht enthalten, damit bei strukturellen  
392 Benachteiligungen auch Verbände die Klage übernehmen können und die Betroffenen nicht auf  
393 sich allein gestellt sind. Lohncheckverfahren können Diskriminierungen aufdecken. Deshalb  
394 werden wir Tarifpartner und Unternehmen verpflichten, alle Lohnstrukturen auf  
395 Diskriminierung zu überprüfen und den Beschäftigten anonymisierte Spannen der Gehalts- und  
396 Honorarstruktur zugänglich zu machen. Wir setzen uns dafür ein, dass Berufe, die vor allem  
397 von Frauen ausgeübt werden, eine höhere Wertschätzung erfahren als bisher, insbesondere in  
398 Form besserer Arbeitsbedingungen und besserer Bezahlung. Die Vereinbarkeit von Familie und  
399 Beruf muss für alle vereinfacht werden.

### 400 **Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen stärken**

401 Um selbstbestimmt leben zu können, ist wirtschaftliche Unabhängigkeit unabdingbar. Deshalb  
402 müssen Steine, die dies behindern, aus dem Weg geräumt werden. Frauen übernehmen nach  
wie

403 vor den Großteil der Sorgearbeit, die systemrelevant für unsere Gesellschaft ist. Wir wollen  
404 für eine eigenständige Absicherung in allen Lebensphasen sorgen – von der Berufswahl bis zur  
405 Rente. Minijobs, mit Ausnahmen für Studierende, Schüler\*innen und Rentner\*innen, wollen wir  
406 in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen und Regelungen für haushaltsnahe  
407 Dienstleistungen schaffen. Das durch enge Rollenerwartungen eingeschränkte  
408 Berufswahlverhalten wollen wir durch eine gendersensible Berufsberatung erweitern. Die  
409 gläserne Decke, die Frauen am Aufstieg hindert, wollen wir aufbrechen. Dies gelingt durch  
410 eine kluge Zeitpolitik, die es auch Partner\*innen erleichtert, Verantwortung in der  
411 Familie zu übernehmen und Arbeit geschlechtergerecht aufzuteilen. Wir wollen, dass die Sorge

412 in der Familie gemeinsam und gleichberechtigt getragen wird, und sehen darin eine  
413 Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter. Dafür ist es  
414 notwendig, dass insbesondere Väter gleichermaßen Verantwortung und Sorgearbeit in der  
415 Familie übernehmen. Alleinerziehende dürfen dabei gegenüber Paaren nicht benachteiligt  
416 werden. Von Diskriminierungen am Arbeitsmarkt Betroffene wollen wir stärken, unter anderem  
417 mit einem Verbandsklagerecht, dem Ausbau entsprechender Rechtsberatung und durch ein  
echtes  
418 Recht auf die Rückkehr in Vollzeit, das auch für kleinere Betriebe gilt. Damit Eltern nicht  
419 aufgrund der Tatsache, dass sie Kinder haben, in der Arbeitswelt benachteiligt werden,  
420 werden wir notwendige Maßnahmen inklusive erforderlicher Gesetzesänderungen ergreifen.

#### 421 **Gleichberechtigung auch bei der Steuer**

422 Das deutsche Steuerrecht steckt noch im letzten Jahrhundert fest. Während sich viele Paare  
423 Familien- und Erwerbsarbeit gleichberechtigter aufteilen, als es noch vor Jahren der Fall  
424 war, gilt bei der Steuer nach wie vor das Modell eines männlichen Ernährers und einer Frau,  
425 die höchstens dazuverdient und sich hauptsächlich um Haushalt und Kinder kümmert. Dieses  
426 Modell ist ungerecht, weil es Ehen privilegiert, Ein-Eltern-Familien (Alleinerziehende) und  
427 nicht verheiratete Paare außen vor lässt, die Erwerbstätigkeit von Frauen hemmt und Frauen  
428 gleichzeitig nicht wirklich absichert. In Krisen bekommen vor allem Frauen die Nachteile zu  
429 spüren, zum Beispiel durch weniger Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld. Im Zusammenspiel mit  
430 Minijobs und der kostenlosen Mitversicherung wirken sich diese Maßnahmen negativ auf die  
431 Erwerbstätigkeit von Frauen aus. Deshalb wollen wir für neu geschlossene Ehen eine  
432 individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Bei der Lohnsteuer  
433 soll die/der heute über Gebühr belastete Zweitverdiener\*in entlastet werden, indem das  
434 Faktorverfahren zur Regel und die Steuerklasse 5 für Zuverdiener\*innen abgeschafft wird. So  
435 sorgen wir dafür, dass gleichberechtigte Lebensentwürfe nicht länger benachteiligt werden.  
436 Paare, die bereits verheiratet sind, können sich entscheiden, ob sie sich einzeln veranlagen  
437 oder weiterhin das Ehegattensplitting nutzen wollen. Zugleich stärken wir mit der  
438 Kindergrundsicherung Familien. Alleinerziehende, die heute am stärksten von Armut betroffen  
439 sind, entlasten wir mit einer Steuergutschrift.

#### 440 **Wir sichern die sozialen Netze**

##### 441 **Garantiesicherung statt Hartz IV**

442 Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne  
443 Existenzangst. Deswegen wollen wir Hartz IV überwinden und ersetzen es durch eine  
444 Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle  
445 Existenzminimum. Sie stärkt so Menschen in Zeiten des Wandels und kann angesichts großer  
446 Veränderungen der Arbeitswelt Sicherheit geben und Chancen und Perspektiven für ein  
447 selbstbestimmtes Leben eröffnen. Die grüne Garantiesicherung ist eine Grundsicherung, die  
448 nicht stigmatisiert und die einfach und auf Augenhöhe gewährt wird. Das soziokulturelle  
449 Existenzminimum werden wir neu berechnen und dabei die jetzigen Kürzungstricks beenden. In  
450 einem ersten Schritt werden wir den Regelsatz um mindestens 50 Euro und damit spürbar  
451 anheben. Die Leistungen der Garantiesicherung wollen wir schrittweise individualisieren. Die  
452 Anrechnung von Einkommen werden wir deutlich attraktiver gestalten, sodass zusätzliche  
453 Erwerbstätigkeit immer zu einem spürbar höheren Einkommen führt. Jugendliche in  
454 leistungsempfangenden Familien sollen ohne Anrechnung Geld verdienen dürfen. Vermögen

werden

455 künftig unbürokratischer und mit Hilfe einer einfachen Selbstauskunft geprüft. Das  
456 Schonvermögen wird angehoben. Wir streben an, die soziale Sicherung schrittweise weiter zu  
457 vereinfachen, indem wir die existenzsichernden Sozialleistungen zusammenlegen und ihre  
458 Auszahlung in das Steuersystem integrieren. Wir begrüßen und unterstützen Modellprojekte, um  
  
459 die Wirkung eines bedingungslosen Grundeinkommens zu erforschen. Durch die Abschaffung  
der  
460 bürokratischen und entwürdigenden Sanktionen schafft die Garantiesicherung Raum und Zeit in  
  
461 den Jobcentern für wirkliche Arbeitsvermittlung und Begleitung. Wir brauchen einen  
462 Perspektivenwechsel bei der Arbeitsförderung mit ausreichend Personal, um der  
463 Unterschiedlichkeit der langzeitarbeitslosen Menschen gerecht zu werden. Notwendig sind  
464 intensive Betreuung, individuelle Unterstützung und anstelle eines Vermittlungsvorrangs in  
465 prekäre Arbeit wollen wir einen Vorrang für Ausbildung und Qualifizierung. Wichtig ist  
466 insbesondere soziale Teilhabe durch einen dauerhaften sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt,  
467 der niedrighschwellig und bedarfsgerecht ausgestaltet ist und von dem die  
468 Langzeitarbeitslosen auch aufgrund einer guten Begleitung vielfältig profitieren.

#### 469 **Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit** 470 **Behinderungen**

471 Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe und auf Schutz  
vor  
472 Diskriminierung in allen Bereichen der Gesellschaft. Auf Basis der UN-  
473 Behindertenrechtskonvention und des Grundsatzes der Selbstbestimmung werden wir Inklusion  
474 vorantreiben und wollen deren verbindliche Umsetzung mit einer Enquete-Kommission  
begleiten.  
475 Leistungen zur Teilhabe müssen in jeder Phase allgemeiner, beruflicher und hochschulischer  
476 Bildung gewährt sein. Wir wollen einen inklusiven Arbeitsmarkt schaffen und dafür  
477 Arbeitgeber\*innen, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen, besser unterstützen. Die  
478 Selbstvertretungsstrukturen werden wir stärken und absichern. Arbeitgeber\*innen, die  
479 hingegen nicht genügend schwerbehinderte Menschen beschäftigen, sollen eine höhere  
480 Ausgleichsabgabe zahlen, die wir in die Förderung inklusiver Beschäftigung investieren  
481 werden. Wir wollen das heutige Werkstattssystem zu einem System von Inklusionsunternehmen  
482 weiterentwickeln, in dem Menschen mit Behinderungen über die Inanspruchnahme von  
483 bedarfsgerechten Nachteilsausgleichen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung  
484 mindestens auf Mindestlohniveau ermöglicht wird. Wir werden Arbeitnehmer\*innen-Rechte  
485 sicherstellen und fördern den Wechsel in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Die  
486 Tagesförderstätten wollen wir in diesen Prozess mit einbeziehen. Das Budget für Arbeit  
487 werden wir ausbauen und Menschen, die es nutzen, in der Arbeitslosenversicherung absichern.  
488 Auszubildende und Studierende mit Behinderung erhalten bei Auslandsaufenthalten ein Budget  
489 zur Deckung ihrer Bedarfe, das den Leistungen entspricht, die sie im Inland erhalten. Unser  
490 Ziel ist es, das Bundesteilhabegesetz weiterzuentwickeln und Teilhabe zu garantieren – kein  
491 Poolen von Leistungen gegen den Willen der Betroffenen, echtes Wunsch- und Wahlrecht,  
492 Leistungen unabhängig vom Einkommen und Vermögen der Leistungsberechtigten und ein  
493 Bundesteilhabegeld. Anträge auf Teilhabeleistungen sollen einfach und unbürokratisch sein  
494 und Entscheidungen im Sinne der Menschen mit Behinderung schnell erfolgen.

**495 Gemeinsame soziale Mindeststandards in der EU**

496 Wir treten ein für eine Europäische Union, die soziale Absicherung und Mindeststandards EU-  
497 weit garantiert. Soziale Rechte müssen den gleichen Stellenwert erhalten wie die  
498 wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts. Dafür sind gemeinsame europäische Arbeits- und  
499 Sozialstandards essentiell. Wir machen uns für eine europäische Grundsicherungsrichtlinie  
500 stark, die soziale Mindeststandards für jedes Land festlegt, angepasst an die jeweilige  
501 ökonomische Situation. Länderspezifische Mindestlöhne sollen überall in der EU dafür sorgen,  
502 dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Das in der Corona-Krise eingeführte europäische  
503 Kurzarbeitsprogramm wollen wir verstetigen. Zur Stabilisierung im Falle von Krisen setzen  
504 wir uns für die Einführung einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung ein. Wir wollen  
505 die europäischen Betriebsräte stärken und die Mitbestimmung in grenzüberschreitenden  
506 Unternehmen weiter absichern durch gestärkte Informationsrechte und verschärfte Sanktionen.  
507 Unser langfristiges Ziel ist, dass die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten  
508 sozialen Rechte als Grundrechte gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem Europäischen  
509 Gerichtshof einklagbar sind.

**510 Eine verlässliche Alterssicherung für alle**

511 Die langfristige Sicherung des Rentenniveaus bei mindestens 48 Prozent hat für uns hohe  
512 Priorität. Bei einem weiteren Absinken wären immer mehr Menschen auf Grundrente  
angewiesen  
513 und die Akzeptanz der gesetzlichen Rente wäre gefährdet. Um das Rentenniveau zu sichern,  
514 wollen wir die Frauenerwerbstätigkeit unter anderem durch ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit  
515 erhöhen, ein echtes Einwanderungsgesetz schaffen und die Beschäftigungssituation älterer  
516 Arbeitnehmer\*innen verbessern. Um die Belastungen der Versicherten und der  
Arbeitgeber\*innen  
517 zu begrenzen, sollen bei Bedarf die Steuerzuschüsse erhöht werden. Prekäre Beschäftigung  
518 muss überwunden werden, denn nur armutsfeste Löhne führen auch zu einer auskömmlichen  
Rente.  
519 Die gesetzliche Rentenversicherung wollen wir schrittweise zu einer Bürger\*innenversicherung  
520 weiterentwickeln, in die perspektivisch alle einbezogen werden, damit alle gut abgesichert  
521 sind. In einem ersten Schritt zu einer Bürger\*innenversicherung sorgen wir dafür, dass  
522 Selbständige ohne obligatorische Absicherung, zum Beispiel in berufsständischen  
523 Versorgungswerken, und Abgeordnete verpflichtend in die gesetzliche Rentenversicherung  
524 aufgenommen werden. Dabei werden bereits bestehende private Altersvorsorgeformen sowie  
525 Altersgrenzen berücksichtigt. Um Altersarmut zu verhindern, werden wir die Grundrente  
526 reparieren und zu einer echten Garantierente weiterentwickeln, die deutlich mehr Menschen  
527 als bisher einbezieht und finanziell besserstellt. Wir führen darüber hinaus eine von den  
528 Arbeitgeber\*innen finanzierte Mindestbeitragsbemessungsgrundlage ein, mit der  
529 vollzeitbeschäftigte Geringverdienende bei langjähriger Beschäftigung im Alter eine  
530 auskömmliche Rente erhalten. Grundsätzlich halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir wollen  
531 es Menschen aber leichter machen, selbst darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen  
532 wollen, auch über die Regeleintrittsgrenze hinaus.

**533 Ein Bürger\*innenfonds für die Rente**

534 Eine kapitalgedeckte Altersvorsorge kann das Umlagesystem sinnvoll ergänzen. Die Riester-  
535 Rente hat sich aber als ein völliger Fehlschlag herausgestellt und die Rürup-Rente hat  
536 gravierende Schwächen. Die Produkte sind teuer und undurchschaubar und haben zum Teil eine

537 geringere Rendite als Omas Sparstrumpf. Profitabel sind sie oft nur für die  
538 Versicherungswirtschaft oder dank der öffentlichen Förderung. Deswegen haben bei weitem  
539 nicht alle davon Gebrauch gemacht. Wir wollen die Riester- und die Rürup-Rente durch einen  
540 öffentlich verwalteten Bürger\*innenfonds ersetzen. Die öffentliche Zulagenförderung der  
541 privaten Altersvorsorge werden wir reformieren und auf niedrige und mittlere Einkommen  
542 fokussieren. Für Menschen mit einem bestehenden Riestervertrag besteht, falls von ihnen  
543 gewünscht, Bestandsschutz. Der Fonds kann langfristig orientiertes Eigenkapital für die  
544 Wirtschaft  
545 bereitstellen. In den Bürger\*innenfonds zahlen alle ein, die nicht aktiv widersprechen. So  
546 wird ein Volumen geschaffen, das die Verwaltungskosten gering hält, die Risiken breit streut  
547 und auf teure Garantien verzichten kann. Der Bürger\*innenfonds wird öffentlich und politisch  
548 unabhängig verwaltet und investiert anhand von ESG-Nachhaltigkeitskriterien. Er investiert  
549 langfristig und hilft so, die Kurzfristorientierung der Märkte zu überwinden. So bietet er  
550 das Potenzial einer guten Rendite. Arbeitgeber\*innen sollen künftig eine betriebliche  
551 Altersvorsorge anbieten, einen eigenen Finanzierungsbeitrag leisten und den  
552 Bürger\*innenfonds als Standard dafür nutzen können. Um es kleinen Unternehmen einfacher zu  
553 machen, eine betriebliche Altersvorsorge anzubieten, wollen wir die reine Beitragsgarantie  
554 für kleine Unternehmen einführen, sie bei der Haftung entlasten und so für eine bessere  
555 Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge sorgen. Zusätzlich wollen wir erreichen, dass  
556 Selbständige vergleichbare Chancen auf eine angemessene Altersversorgung haben wie  
557 abhängig Beschäftigte.

## 558 **Wir geben Gesundheit und Pflege einen neuen Wert**

### 559 **Vorsorge als Leitprinzip**

560 Wir wollen den Zugang zu guter Gesundheitsversorgung von der Kindheit bis ins hohe Alter  
561 sicherstellen – aber gute Gesundheitspolitik umfasst mehr. Wer in der Fleischindustrie unter  
562 prekären Bedingungen arbeitet, in einer schimmeligen Wohnung oder an einer vielbefahrenen  
563 Straße wohnt oder mit Hartz IV in Armut lebt, kann seine Gesundheit nur schwer schützen, hat  
564 eine höhere Wahrscheinlichkeit zu erkranken und oft einen schlechteren Zugang zur  
565 Gesundheitsversorgung. Für eine gesunde Gesellschaft braucht es eine Politik, die vorsorgt,  
566 die die Ursachen von Krankheiten bekämpft, Präventionsforschung fördert und vorausschauend  
567 handelt. Statt nur auf die nächste Krise zu reagieren, sollen in Zukunft durch gemeinsame  
568 Gesundheitsziele und eine Ausweitung der Gesundheitsberichterstattung Krankheitsursachen  
569 und  
570 der Stand der gesundheitlichen Versorgung in den Blick genommen werden. Prävention,  
571 Gesundheitsförderung und gesundheitliche Versorgung wollen wir grundsätzlich als  
572 Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen verfolgen.

### 572 **Für Pandemien gewappnet sein**

573 Die Corona-Krise hat gezeigt, dass unser Gesundheitssystem für künftige Pandemien besser  
574 gewappnet sein muss. Deshalb stoßen wir eine umfassende Analyse des  
575 Pandemiemanagements an.  
576 Spätestens jetzt ist der Moment, längst überfälligen Wandel einzuleiten, beispielsweise die  
577 Krankenhaus- und Notfallversorgung zu reformieren und die Digitalisierung, insbesondere in

577 den Gesundheitsämtern, beherzt voranzutreiben. Um Pandemien zukünftig effektiv und  
578 nachvollziehbar zu bekämpfen, sollen Stufen zur Eindämmung von Pandemien im  
579 Infektionsschutzgesetz definiert, Pandemieschutzpläne aktualisiert und soll ein unabhängiger  
580 und interdisziplinärer Pandemierat eingerichtet werden. Getroffene Maßnahmen müssen  
581 evidenzbasiert und verhältnismäßig sein. Mit einer klaren Kommunikationsstrategie sollen den  
582 Bürger\*innen Datengrundlagen, Entscheidungsgründe und -wege transparent gemacht werden.  
Wir

583 investieren in Gesundheitsforschung, zum Beispiel bei Medikamenten, Impfstoffen oder der  
584 Entwicklung neuer Testverfahren. Dort, wo es keine ausreichenden Anreize für die  
585 Therapieentwicklung gibt, wie zum Beispiel bei Antibiotika oder antiviralen Medikamenten,  
586 schaffen wir alternative Anreizsysteme. Auch die Produktion von Medikamenten und  
587 Medizinprodukten soll – in europäischer Kooperation – vorangetrieben werden, die Versorgung,  
588 zum Beispiel mit Atemschutzmasken, durch eigene Produktionsstandorte sichergestellt werden.  
589 Die Universitätsmedizin werden wir angesichts ihrer wichtigen Rolle in der  
590 Pandemiebekämpfung weiter stärken – von der Spitzenforschung über die Vernetzung bei Daten

591 und Digitalisierung bis zur Versorgung per Telemedizin im ländlichen Raum. Auf europäischer  
592 Ebene braucht es mehr gemeinsame Strategie und Koordinierung, etwa durch die gemeinsame  
593 Planung und Nutzung medizinischer Notfallkapazitäten oder durch ein europäisches  
594 Frühwarnsystem und die gemeinsame Erhebung und Nutzung relevanter Daten. Daher setzen  
wir

595 uns für den zügigen Aufbau von HERA ein, einer EU-Behörde, die künftig staatliche und  
596 privatwirtschaftliche Aktivitäten besser koordinieren soll. Das Europäische Zentrum für die  
597 Prävention und Kontrolle von Krankheiten wollen wir stärken und uns für eine engere  
598 Kooperation mit nationalen Gesundheitsbehörden einsetzen.

### 599 **Gesundheitsämter stärken**

600 Nicht erst in der Corona-Pandemie wird sichtbar, dass wir als Gesellschaft größere  
601 Anstrengungen unternehmen müssen, um die öffentliche Gesundheit zu stärken und Menschen  
ein  
602 gutes Leben zu ermöglichen. Ob der Besuch der mobilen Zahnärzt\*innen in der Schule oder die  
603 Impfkation im Pflegeheim – für Gesundheitsförderung, die Menschen unkompliziert erreicht,  
604 braucht es eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Unser Ziel ist es, im  
605 Zusammenspiel zwischen den Gesundheitsdiensten der Länder und Kommunen, Strukturen der  
606 öffentlichen Gesundheitsfürsorge an Universitäten und Hochschulen und einem neu zu  
607 schaffenden Bundesinstitut für Gesundheit gemeinsam eine starke Säule der öffentlichen  
608 Gesundheitsfürsorge aufzubauen. Das Institut soll gemeinsame, langfristige Gesundheitsziele  
609 entwickeln, zur Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens berichten, die Qualität und  
610 Koordination der Gesundheitsdienste sichern und als zentrales Public-Health-Organ durch die  
611 Bündelung bestehender Strukturen des Bundes zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung  
612 beitragen. Bisher sind die Gesundheitsämter chronisch unterfinanziert und unterbesetzt, die  
613 personelle und technische Ausstattung muss dauerhaft verbessert werden. Wir wollen deshalb,  
614 dass Bund und Länder gemeinsam dafür sorgen, dass die Mittel für den Öffentlichen  
615 Gesundheitsdienst schrittweise auf mindestens 1 Prozent der Gesundheitsausgaben angehoben  
616 werden,  
617 sodass er seine Aufgaben des Gesundheitsschutzes und der Gesundheitsförderung dauerhaft  
618 wahrnehmen kann. Die Gesundheitsdienste wollen wir stärker in die Gesundheitsförderung und

619 Prävention in den Lebenswelten vor Ort einbinden. Die Mitarbeiter\*innen im Öffentlichen  
620 Gesundheitsdienst, insbesondere Amtsärzt\*innen, müssen vergleichbar zu anderen  
621 Beschäftigungsverhältnissen im Gesundheitswesen bezahlt werden. Auch pflegerische  
622 Fachkompetenz soll stärker eingebunden werden – als sogenannte Community Health Nurses  
oder  
623 in der Schulgesundheitspflege.

#### 624 **Gute gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land**

625 Gesundheit ist Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass Menschen im ganzen Land gut und verlässlich  
626 versorgt werden. Viele niedergelassene Ärzt\*innen, Hebammen, Heilmittelerbringer\*innen und  
627 andere medizinische Fachkräfte arbeiten jeden Tag hart daran, diese Versorgung zu  
628 ermöglichen. Doch wenn mancherorts der Weg zur Hebamme kaum zu bewältigen ist, die  
629 Kinderstationen Patient\*innen abweisen müssen oder Hausarztpraxen auf dem Land schließen  
630 müssen, weil ein\*e Nachfolger\*in fehlt, gefährdet das die gesundheitliche Versorgung. Wir  
631 wollen die Primärversorgung durch Hausärzt\*innen und weitere Gesundheitsberufe weiter  
632 stärken. Um die Versorgung in Stadt und Land sicherzustellen, wollen wir, dass ambulante und  
633 stationäre Angebote in Zukunft übergreifend geplant werden und etwa regionale  
634 Versorgungsverbünde mit enger Anbindung an die Kommunen gefördert werden. Perspektivisch  
635 soll es eine gemeinsame Abrechnungssystematik für ambulante und stationäre Leistungen  
geben.

636 Außerdem heben wir die strikte Trennung der ambulanten Gebührenordnungen EBM und GOÄ  
auf.

637 Auch die zahnmedizinische Regelversorgung in der GKV muss regelmäßig an den aktuellen  
Stand

638 der Wissenschaft angepasst werden. Gleichzeitig wollen wir die interdisziplinäre  
639 Zusammenarbeit

640 zwischen den Gesundheitsberufen stärken. Denn die Versorgung muss von den Patient\*innen  
aus

641 gedacht werden. Dafür wollen wir insbesondere die Einrichtung von gemeinwohlorientierten  
642 regionalen Gesundheitszentren unterstützen, in denen alle Gesundheitsberufe unter  
643 gemeinsamer Trägerschaft auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Die Aufgabenverteilung im  
644 Gesundheitswesen werden wir so reformieren, dass nichtärztliche Gesundheits- und  
645 Pflegeberufe mehr Tätigkeiten sowie die Verordnung von Hilfsmitteln und pflegenahen  
646 Produkten eigenverantwortlich übernehmen können. Bei nachgewiesener Qualifikation wollen  
wir

647 den Direktzugang für Therapeut\*innen. Die Arbeitsbedingungen in und die Vergütung von  
648 Therapieberufen müssen dringend ihrer wichtigen Rolle im Gesundheitswesen angepasst, das  
649 Schulgeld für diese Ausbildungen muss abgeschafft werden. Die Ausbildung in den  
650 Therapieberufen muss in regulären Studiengängen möglich sein.

#### 651 **Krankenhäuser nach gesellschaftlichem Auftrag finanzieren**

652 In Krankenhäusern sollen alle die Versorgung erhalten, die sie benötigen. Doch falsche  
653 politische Weichenstellungen und der daraus folgende ökonomische Druck haben zu  
Fehlanreizen

654 zu Lasten des Patient\*innenwohls und zu Kosteneinsparungen zu Lasten des Personals geführt.

655 Es braucht eine verbindlichere Landeskrankenhausplanung, die die öffentlichen

656 Versorgungsinteressen an Grund-, Schwerpunkt- und Maximalversorgung definiert. Der Bund



soll

657 die Möglichkeit haben, dafür gemeinsame bundesweite Grundsätze für die Krankenhausplanung  
zu  
658 definieren. Welche Angebote es vor Ort gibt, darf nicht davon abhängen, was sich rentiert  
659 oder was sich Träger noch leisten können, sondern muss sich danach richten, was nötig ist.  
660 Dabei hat die flächendeckende, erreichbare Grundversorgung der Bevölkerung einen eigenen  
661 Stellenwert. Die Gemeinwohlorientierung im Gesundheitswesen soll gestärkt und der Trend hin  
662 zu Privatisierung umgekehrt werden. Die Konzentration auf ertragreiche Angebote muss ein  
663 Ende haben. Kliniken sollen deshalb in Zukunft nicht mehr nur nach Fallzahl, sondern auch  
664 nach ihrem gesellschaftlichen Auftrag finanziert werden. Dafür braucht es ein neues  
665 Finanzierungssystem, das eine starke Säule der Strukturfinanzierung beinhaltet, sodass  
666 Entscheidungen danach getroffen werden, was das Beste für Patient\*innen und Beschäftigte ist  
667 – und eine bürokratiearme Kostenkontrolle dem nicht zuwiderläuft. Vorgaben zur  
668 Personalbemessung, Behandlungs- und Versorgungsqualität sichern eine qualitativ hochwertige  
669 und bedarfsgerechte Versorgung. Die seit Jahren zunehmende Lücke in der staatlichen  
670 Investitionsfinanzierung wollen wir durch eine gemeinsame Finanzierung durch Bund und  
Länder  
671 schließen. Organspende rettet Leben. Wir wollen die Strukturen bei der Organisation und  
672 Qualität der Organspende in den Kliniken und des Transplantationsregisters weiter  
673 verbessern.

#### 674 **Notfallversorgung reformieren**

675 Wie gut ein Gesundheitssystem funktioniert, zeigt sich oft erst im Notfall – und dann wird  
676 es häufig ernst. Damit die Notfallversorgung in Deutschland besser funktioniert, muss sich  
677 einiges ändern. Das fängt beim Rettungsdienst an, der Menschen in Not heute umfassender  
678 medizinisch behandeln kann und deshalb wie die übrige Gesundheitsversorgung im Gesetz  
679 geregelt werden muss. Die Notrufleitstellen der Nummern 112 und 116117 müssen  
680 organisatorisch zusammengeführt werden, damit es im Zweifelsfall keine Rolle spielt, wo  
681 Menschen anrufen, sondern sie nach einer standardisierten Notrufabfrage immer die passende  
682 Hilfe bekommen. Deshalb wollen wir diese Notrufleitstellen zu Gesundheitsleitstellen  
683 verbinden, die rund um die Uhr eine verlässliche Lotsenfunktion übernehmen. An zentralen  
684 Klinikstandorten soll in Notfallzentren eine nahtlose Verzahnung der bislang getrennten  
685 ambulanten und stationären Versorgungsmöglichkeiten der Notfallversorgung erfolgen. Gerade  
686 nachts und am Wochenende sollen diese personell so unterstützt werden, dass Patient\*innen in  
687 weniger ernstesten Situationen auch ambulant gut versorgt werden können. Durch eigene Budgets  
688 für die Notfall- und Intensivmedizin sowie einheitliche Stufen und Vorgaben zur  
689 Notfallversorgung wollen wir sicherstellen, dass Menschen in Not, in der Stadt und auf dem  
690 Land, stets die erwartbare Hilfe auch verlässlich vorfinden.

#### 691 **Versorgung psychisch Erkrankter verbessern**

692 Starke Prävention und angemessene Versorgung – für beides wollen wir die Weichen stellen,  
693 denn seelische Gesundheit ist Fundament für Lebensqualität, soziale Teilhabe und körperliche  
694 Gesundheit und mehr als nur Abwesenheit psychischer Krankheiten. Es ist nicht zumutbar, dass  
695 viele Menschen in einer psychischen Krise monatelang auf therapeutische Hilfe warten müssen.  
696 Wer eine psychische Erkrankung hat, braucht schnelle und leicht zugängliche Hilfen, damit  
697 das Leid sich nicht verschlimmert. Stigmatisierungen, zum Beispiel am Arbeitsplatz, muss

698 vorgebeugt werden. Flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit ambulanten und  
699 stationären Therapie- sowie Hilfs- und Beratungsangeboten, zum Beispiel auch für  
700 Suizidprävention oder bei Abhängigkeiten, ist zentral. Wir wollen ambulante  
701 Psychotherapieplätze durch mehr Kassenzulassungen von Psychotherapeut\*innen schaffen. Es  
702 braucht eine gemeindenahe und personenzentrierte Versorgung und eine verbesserte,  
703 sektorübergreifende Zusammenarbeit. Dabei müssen auch die Besonderheiten der Versorgung  
von  
704 Kindern und Jugendlichen, von LSBTIQ\*, geflüchteten und traumatisierten Menschen sowie von  
705 Frauen, die von Gewalt betroffen sind, berücksichtigt werden. Behandlungen unter Zwang  
706 müssen auf ein unumgängliches Mindestmaß reduziert werden. Dafür braucht es eine  
707 systematische Dokumentation und die konsequente Patient\*innenorientierung des  
708 therapeutischen Angebots. Hilfsangebote zwischen ambulanter und stationärer Behandlung  
709 müssen flexibler werden und die verschiedenen Berufsgruppen im Team eine miteinander  
710 abgestimmte Behandlung übernehmen können. Bei der unzureichenden  
711 Reform der Psychotherapie-Ausbildung muss nachgebessert werden, unter anderem damit  
712 angehende  
713 Psychotherapeut\*innen endlich unter guten Bedingungen ausgebildet werden.

#### 714 **Geburtshilfe verbessern, Gesundheit von Frauen stärken**

715 Eine gute Geburtshilfe stellt das Wohl von Gebärenden und Kindern in den Mittelpunkt. Um den  
716 notwendigen Kulturwandel zu schaffen, sollen Hebammen und andere Akteur\*innen bei einem  
717 Geburtshilfegipfel Qualitätsstandards, orientiert an dem Gesundheitsziel „Gesundheit rund um  
718 die Geburt“, entwickeln. Dazu gehören neben der 1:1-Betreuung die Wahlfreiheit des  
719 Geburtsortes, die Sicherstellung wohnortnaher Versorgung, die Sensibilisierung für Gewalt in  
720 der Geburtshilfe und die Etablierung eines Betreuungsbogens vor, während und nach der  
721 Geburt. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und den Hebammenberuf zu stärken,  
sind  
722 außerdem eine Reform der Haftpflicht für Gesundheitsberufe, die Aufnahme der  
723 Rufbereitschaftspauschale in den Katalog der Kassenleistungen, der erleichterte  
724 nachträgliche akademische Titelerwerb für ausgebildete Hebammen. und der Ausbau  
725 hebammengeführter Kreißsäle und Geburtshäuser nötig. Finanzielle Fehlanreize für einen  
726 medizinisch nicht notwendigen Kaiserschnitt darf es nicht geben. Wir wollen das  
727 Gesundheitssystem geschlechtergerecht machen. Geschlechtsspezifische Aspekte in Forschung  
728 und Ausbildung und in der medizinischen Praxis werden nicht ausreichend berücksichtigt, etwa  
729 bei der Medikamentenforschung. Das gefährdet die Gesundheit von Frauen wie auch von Trans\*-

730 und Inter\*-Menschen. Die Forschung zu geschlechtsspezifischer Medizin und Pflege sowie  
731 Frauengesundheit muss sichergestellt, in der medizinischen und pflegerischen Praxis  
732 umgesetzt und in der Ausbildung verankert werden. Damit einhergehend muss gezielter in die  
733 Forschung und Weiterentwicklung von Verhütungsmitteln für alle Geschlechter investiert  
734 werden. Mit Hilfe einer paritätischen Frauenquote für Führungspositionen im Gesundheitswesen  
735 und durch bessere Arbeitsbedingungen holen wir mehr Frauen in die Führungsgremien unseres  
736 Gesundheitswesens.

#### 737 **Zugang zum Gesundheitssystem sichern, Diskriminierung beenden**

738 Auch im Gesundheitswesen wollen wir Diskriminierung bekämpfen. Beispielsweise erhalten  
739 Menschen mit Behinderungen häufig nicht alle dringend benötigten Gesundheitsleistungen,

740 Hilfsmittel oder häusliche Pflege und werden so in ihrer Teilhabe beschränkt. Deshalb wollen  
741 wir mit einem ressortübergreifenden Inklusionsplan diese Hürden umfassend abbauen, die  
742 Gesundheitsleistungen auf die jeweiligen Bedarfe gezielt ausrichten und bürokratische  
743 Vorgänge so weit wie möglich reduzieren. Das umfasst auch verpflichtende Vorgaben zur  
744 Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und eine Reform der Heilmittelversorgung. Das  
745 Gesundheitswesen muss insgesamt inklusiv gestaltet werden, unter anderem auch in der  
Aus-  
746 und Fortbildung des Personals. Auch für LSBTIQ\* muss diskriminierungsfreie  
747 Gesundheitsversorgung gesichert sein. Dafür werden wir den Anspruch auf medizinische  
748 Maßnahmen für Trans\*- und Inter\*-Menschen gesetzlich verankern. Die bestehenden Lücken  
beim  
749 Verbot sogenannter „Konversionstherapien“ werden wir schließen. Wir wollen die  
750 Aufklärungsarbeit über HIV und aktuelle Behandlungs- und Präventionsmöglichkeiten bei  
751 Ärzt\*innen stärker in Aus-, Fort- und Weiterbildung berücksichtigen, um Stigmatisierung  
752 vorzubeugen. Der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung muss auch für Menschen ohne  
753 Krankenversicherungsschutz oder Wohnungslose und unabhängig vom Aufenthaltsstatus  
754 gewährleistet sein. Das gilt auch für Unionsbürger\*innen und Menschen, die ohne Papiere in  
755 Deutschland leben, etwa durch einen anonymen Krankenschein, die Abschaffung der  
Mitteilungs-  
756 und Unterrichtungspflichten an öffentlichen Stellen oder die Stärkung von  
757 Beratungsnetzwerken für Menschen ohne Papiere. Damit Sprache keine unüberwindbare Hürde  
758 darstellt, wollen wir einen Anspruch auf qualifizierte Sprachmittlung im SGB V schaffen. Die  
759 erleichterte Abschiebung von erkrankten und traumatisierten Geflüchteten wollen wir  
760 zurücknehmen und die Anerkennung von psychotherapeutischen Gutachten im Verfahren  
wieder  
761 ermöglichen.

### 762 **Auf dem Weg zur Bürger\*innenversicherung für Gesundheit und Pflege**

763 Gesetzlich Versicherte warten länger auf Termine bei Fachärzt\*innen und viele privat  
764 Versicherte können sich die hohen Prämien nicht mehr leisten. Von dieser Zwei-Klassen-  
765 Medizin profitieren wenige, zum Nachteil vieler. Unser Ziel ist eine solidarisch finanzierte  
766 Bürger\*innenversicherung, in der jede\*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung bekommt,  
die  
767 er oder sie braucht. Dafür wollen wir in der nächsten Wahlperiode die Weichen stellen. Mit  
768 der Bürger\*innenversicherung wollen wir alle in die Finanzierung eines leistungsstarken  
769 Versicherungssystems einbeziehen und so auch vor dem Hintergrund künftiger  
770 Kostensteigerungen im Gesundheitswesen für eine stabile und solidarische Lastenteilung  
771 sorgen. Auch Beamt\*innen, Selbständige, Unternehmer\*innen und Abgeordnete beteiligen sich  
772 mit einkommensabhängigen Beiträgen, ohne fiktive Mindesteinkommen. Die Beiträge sollen auf  
773 alle  
774 Einkommensarten erhoben werden, zum Beispiel neben Löhnen und Gehältern auch auf  
775 Kapitaleinkommen. Wir verbessern die Versorgung gesetzlich Versicherter – zum Beispiel bei  
776 der Erstattung von Brillen. Außerdem wollen wir die Benachteiligung gesetzlich Versicherter  
777 Beamt\*innen durch einen beihilfefähigen Tarif beenden und privat Versicherte, die sich nur  
778 den Basistarif leisten können, besser absichern. Für gesetzlich Versicherte mit  
779 Beitragsschulden wollen wir die vollwertige Rückkehr in die Krankenkasse erleichtern und wir

780 wollen die Absicherung von gering verdienenden Selbständigen in der Krankenversicherung  
781 verbessern, um sie nicht durch zu hohe Beiträge finanziell zu überfordern.

## 782 **Patient\*innenrechte stärken**

783 Für uns stehen die Bedürfnisse der Patient\*innen und Pflegebedürftigen und der Nutzen für  
784 sie im Mittelpunkt. Sie sollen von Zuschauer\*innen zu Beteiligten in unserem  
785 Gesundheitswesen werden. Dazu wollen wir die Möglichkeiten der Patient\*innen- und  
786 Versichertenvertretung in den Gremien des Gesundheitswesens ausbauen, insbesondere auch  
787 durch ein eigenes unparteiisches Mitglied im Gemeinsamen Bundesausschuss, größere  
788 Beteiligungs- und Informationsrechte und eine Reform der Sozialwahlen. Patient\*innen sollen  
789 selbstbestimmt und auf informierter Grundlage Entscheidungen treffen und bei Problemen ihre  
790 Rechte wirksam und zeitnah durchsetzen können, etwa gegenüber ihrer Krankenkasse. Wir  
wollen  
791 mehr Qualitätstransparenz im Gesundheitswesen und setzen uns für die Gründung einer von  
den  
792 Patient\*innen- und Selbsthilfeorganisationen getragenen Stiftung ein, die der Unabhängigen  
793 Patientenberatung eine verlässliche und gemeinnützige neue Heimat gibt. Die  
794 Patient\*innensicherheit wollen wir voranbringen. Opfer von Behandlungsfehlern müssen  
795 leichter  
796 Entschädigungen erhalten und Strukturen zur Fehlervermeidung flächendeckend eingeführt  
797 werden.

## 798 **Digitalisierung verbessert Gesundheitsversorgung**

799 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung – ob Robotik zur Unterstützung in der Pflege,  
800 Telemedizin oder die elektronische Patientenakte – nutzen, um das Gesundheitssystem  
801 zukunftsfähig zu machen. Per App sollen Patient\*innen sicher auf den digitalen Impfpass,  
802 Gesundheitsinformationen wie die eigene Blutgruppe, die Krankheitsgeschichte oder die  
803 neuesten Blutwerte zugreifen können. Zur Koordination all dieser Vorhaben wollen wir mit  
804 allen Nutzer\*innen des Gesundheitswesens eine Strategie für die Digitalisierung entwickeln.  
805 Damit sie den Patient\*innen wirklich nützt, muss die elektronische Patientenakte  
806 weiterentwickelt werden und für alle Patient\*innen einfach zugänglich und verständlich sein;  
807 eine Informationskampagne soll Patient\*innen auch unabhängig von sozialer Lage oder  
808 digitaler Gesundheitskompetenz erreichen. Dabei sind unter anderem  
809 Patient\*innenorganisationen stärker einzubinden. Gesundheitsdaten sollen anonymisiert und wo  
810 nötig pseudonymisiert der Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden, um die  
811 Gesundheitsversorgung in Deutschland zu verbessern. Eine Weitergabe der Daten erfolgt dabei  
812 nicht gegen den Willen der Patient\*innen. Die ärztliche Schweigepflicht und das  
813 Patient\*innengeheimnis müssen auch für digitalisierte Gesundheitsdaten jederzeit gewahrt  
814 bleiben. Ihre eigenen Gesundheitsdaten müssen für Patient\*innen barrierefrei und sicher  
815 zugänglich sein. Es braucht eine dezentrale Forschungsdateninfrastruktur. Die Ergebnisse,  
816 die aus weitergegebenen Gesundheitsdaten gewonnen werden, sollen der Allgemeinheit nach  
dem  
817 Open-Data-Prinzip zur Verfügung stehen. Alle von der Solidargemeinschaft finanzierten  
818 digitalen Angebote müssen barrierefrei sein und den höchsten Ansprüchen an Datenschutz und  
819 Datensicherheit genügen. Wir setzen uns für eine unabhängige Nutzenbewertung von digitalen  
820 Gesundheitsanwendungen ein. Den Ausbau digitaler Infrastruktur und technischer

821 Assistenzsysteme in der Pflege wollen wir unterstützen. Um Sicherheit und Interoperabilität  
822 zu gewährleisten und so zum Beispiel auch den administrativen Aufwand für medizinisches und  
823 pflegerisches Personal zu verringern, sollen Hersteller von Medizinprodukten und Software  
824 offene Schnittstellen anbieten, die sich an länderübergreifenden (Schnittstellen-)Standards  
825 orientieren.

826

### 827 **Klimaschutz ist Gesundheitsschutz**

828 Dem Gesundheitswesen kommt bei der Bewältigung der Klimakrise eine besondere Bedeutung  
zu,  
829 etwa  
830 durch die Anpassung an ein verändertes Krankheitsspektrum und an vermehrte  
Extremwetterlagen  
831 wie Hitzewellen. Unter diesen leiden heute schon vor allem ältere und armutsgefährdete  
832 Menschen, auch Allergien und Erkrankungen beispielsweise der Haut treten vermehrt auf. Das  
833 ist eine Herausforderung für das Gesundheitswesen, der wir durch mehr Vorsorge, eine bessere  
834 Notfallversorgung, verstärkte Hilfen für besonders verletzte Menschen wie etwa chronisch  
835 Kranke begegnen wollen. Wir werden außerdem einen Sonderfonds zur Umsetzung von  
836 Hitzeaktionsplänen schaffen. Gleichzeitig muss auch das Gesundheitswesen dazu beitragen,  
837 CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verringern. Investitionen zum Beispiel in grüne Krankenhäuser und  
838 Gesundheitszentren werden wir unterstützen. Umwelt- und Klimaschutz sollen auch bei der  
839 Produktion von Arzneimitteln stärker beachtet und ein Qualitätsmerkmal bei Verträgen der  
840 Krankenkassen werden. Die Verknüpfung von Klimaschutz und Gesundheit kann so zu einem  
Motor  
841 der Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit werden.

### 842 **Ambulante Pflege stärken**

843 Wer pflegebedürftig ist, hat die bestmögliche Pflege und Unterstützung für ein  
844 selbstbestimmtes und würdevolles Leben verdient. Gerade in einer alternden Gesellschaft  
845 braucht es dafür überall vielfältige, auf den Bedarf vor Ort angepasste pflegerische  
846 Angebote, die auf die individuellen Bedürfnisse und biografischen Hintergründe der  
847 Pflegebedürftigen eingehen. Statt weiterer Großeinrichtungen sind mehr ambulante Wohn- und  
848 Pflegeformen nötig, zum Beispiel Angebote der Tages-, Kurzzeit- und Verhinderungspflege oder  
849 Pflege-Wohngemeinschaften – eingebettet in ein Umfeld, das Menschen im Alter oder bei  
850 Assistenzbedarf dabei unterstützt, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Gerade im  
851 ländlichen Raum können Community Health Nurses wie früher die Gemeindeschwestern eine  
große  
852 Stütze sein. So wird die Pflege auch für Angehörige einfacher. Dafür wollen wir die  
853 rechtlichen Rahmenbedingungen für Quartierspflege schaffen und den Kommunen ermöglichen,  
854 eine verbindliche Pflegebedarfsplanung vorzunehmen, um das Angebot an Pflege vor Ort zu  
855 gestalten. Ein Bundesprogramm soll eine Anschubfinanzierung für Kommunen bereitstellen, die  
856 sich hier auf den Weg machen. Leistungen der Pflegeversicherung sollen bedarfsgerecht,  
857 wohnformunabhängig und als persönliches Budget verfügbar sein. Jemanden zu pflegen  
verdient  
858 unsere Anerkennung und die Unterstützung der Gesellschaft. Deshalb wollen wir Menschen, die  
859 Verantwortung für Angehörige, Nachbar\*innen oder Freund\*innen übernehmen, mit der

## PflegeZeit

860 Plus besonders unterstützen. Wir ermöglichen damit allen Erwerbstätigen eine  
861 Lohnersatzleistung bei dreimonatigem Vollausstieg und dreijährigem Teilausstieg, die  
862 pflegebedingte Arbeitszeitreduzierungen finanziell abfedert.

### 863 **Eine doppelte Pflegegarantie**

864 Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen müssen immer mehr eigenes Geld für ihre  
865 Versorgung aufbringen. Wir wollen, dass pflegebedürftige Menschen die für sie notwendigen  
866 Pflegeleistungen erhalten, ohne von Armut bedroht zu sein. Mit einer doppelten  
867 Pflegegarantie wollen wir die Eigenanteile schnell senken und dauerhaft deckeln. So  
868 garantieren wir, dass die selbst aufzubringenden Kosten verlässlich planbar werden. Die  
869 Pflegeversicherung soll alle über diesen Betrag hinausgehenden Kosten für eine  
870 bedarfsgerechte (ambulante wie stationäre) Pflege tragen. Mit einer solidarischen Pflege-  
871 Bürger\*innenversicherung wollen wir dafür sorgen, dass sich alle mit einkommensabhängigen  
872 Beiträgen an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen.

### 873 **Arbeitsbedingungen in der Pflege und der Gesundheitsversorgung** 874 **verbessern**

875 Pflegekräfte leisten einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Menschen, die im  
876 Alter, aufgrund einer Behinderung oder bei Krankheit Unterstützung brauchen, wünschen sich  
877 zu Recht Pflegekräfte, die sich professionell und mit Sorgfalt um sie kümmern können.  
878 Aktuell müssen Beschäftigte in medizinischen Berufen zu oft über ihre Belastungsgrenzen  
879 hinaus arbeiten. Unterbesetzung, Überstunden, physische und psychische Überforderung sind  
880 Alltag, nicht nur in Pandemiezeiten. Darunter leiden alle, Patient\*innen wie Pflegenden.  
881 Diese Arbeitsbedingungen wollen wir verbessern. Dafür braucht es nicht nur mehr Lohn,  
882 Arbeitsschutz und Anerkennung – sondern vor allem mehr Kolleg\*innen und mehr Zeit. Wir  
883 wollen durch verbindliche, bedarfsgerechte Personalbemessung – auch in der Langzeitpflege –,  
884 die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr eigenverantwortliche Arbeit von  
885 Fachkräften, den Abbau unnötiger Bürokratie und die Ermöglichung neuer Arbeitszeitmodelle,  
886 etwa der 35-Stunden-Woche in der Pflege bei vollem Lohnausgleich, Arbeitsbedingungen  
887 schaffen, unter denen viele Menschen – ganz neu, weiter oder wieder – gerne in der Pflege  
888 arbeiten. Die Ausnahmen im Arbeitszeitgesetz für den Gesundheitsbereich wollen wir  
889 beschränken, um Überlastung vorzubeugen und den Personalverlust im medizinischen und  
890 pflegerischen Bereich einzudämmen. Für potenziell traumatisierende Ereignisse braucht es  
891 eine Stärkung der psychosozialen Unterstützung für alle Gesundheitsberufe. Wertschätzung  
892 braucht auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge. Wir wollen die  
893 soziale Pflegeversicherung verpflichten, nur noch mit Anbietern zusammenzuarbeiten, die nach  
894 Tarif bezahlen. Um die Attraktivität der Pflegeberufe nachhaltig zu steigern, wollen wir  
895 Ausbildung, Selbstorganisation, Einflussmöglichkeiten der professionellen Pflege und ihre  
896 Strukturen auf Bundesebene stärken, beispielsweise durch eine Bundespflegekammer und vor  
897 allem durch starke Mitspracherechte im Gemeinsamen Bundesausschuss und in anderen  
898 Entscheidungsgremien. Das Studium der Pflegewissenschaften und der Pflegepädagogik sowie  
899 Forschung in der Pflege wollen wir finanziell und strukturell unterstützen. Für die Arbeit  
900 von migrantischen Haushaltshilfen und Betreuungskräften wollen wir einen gesetzlichen  
Rahmen  
901 entwickeln, der Rechte und Pflichten für beide Seiten (Pflegehaushalt und Carebeschäftigte)  
902 definiert.

**903 Palliative und hospizliche Versorgung ausbauen, selbstbestimmtes****904 Sterben regeln**

905 Zu einem Leben in Würde gehört auch ein Sterben in Würde. Patient\*innen und deren  
Angehörige  
906 müssen ausführlich über Krankheit und Behandlungsoptionen aufgeklärt werden, sodass  
907 Entscheidungen getroffen werden können, mit denen sie sich wohlfühlen. Hierfür wollen wir  
908 bundesweite Aufklärungsprogramme zu Patient\*innenverfügungen und Vorsorgevollmachten  
909 anstoßen. Eine bedarfsgerechte Palliativversorgung von Schwerstkranken und Sterbenden jeden  
910 Alters muss überall gewährleistet sein. Wir werden die stationären Hospize und ambulanten  
911 SAPV- und Kinder-SAPV-Teams stärken und ausbauen. Die Wahrung der Selbstbestimmung bis  
ans  
912 Lebensende schließt selbstbestimmtes Sterben ein. Wir setzen uns dafür ein, dass der  
913 Bundestag entsprechend der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in freier  
Abstimmung  
914 den mit einem Schutzkonzept verbundenen Zugang zur Sterbehilfe regelt.

**915 Für eine verantwortungsvolle Drogen- und Suchtpolitik**

916 Wir wollen einen Wechsel in der Drogenpolitik, der Gesundheits- und Jugendschutz sowie die  
917 Befähigung zum eigenverantwortlichen Umgang mit Risiken in den Mittelpunkt stellt. Grüne  
918 Drogenpolitik beruht auf den vier Säulen Prävention, Hilfe, Schadensminimierung und  
919 Regulierung. Das heutige Betäubungsmittelrecht ist reformbedürftig. Auf dem Schwarzmarkt  
920 existiert kein Jugend- und Verbraucherschutz. Wer abhängig ist, braucht Hilfe und keine  
921 Strafverfolgung. Grundsätzlich soll sich die Regulierung von Drogen an den tatsächlichen  
922 gesundheitlichen Risiken orientieren. Wir wollen Kommunen ermöglichen Modellprojekte  
923 durchzuführen und sie dabei unterstützen, zielgruppenspezifische und niedrigschwellige  
924 Angebote in der Drogen- und Suchthilfe auszubauen. Hierzu zählen etwa aufsuchende  
925 Sozialarbeit, Substanzenanalysen (Drug Checking), Substitutions- und Diamorphinprogramme  
(auch  
926 in Haftanstalten) und Angebote für Wohnsitzlose sowie die bessere Vermittlung in ambulante  
927 und stationäre Therapie. Wir wollen Hindernisse für die Substitution durch Ärzt\*innen und  
928 Ambulanzen abbauen. Wir stärken die Suchtprävention mit modernen Ansätzen und digitalen  
929 Medien unter Einbeziehung der Zielgruppe, auch für Alkohol, Medikamente und Tabak. Den  
930 Nichtrauchererschutz wollen wir stärken. Für Drogen soll nicht geworben werden. Das derzeitige  
931 Verbot von Cannabis verursacht mehr Probleme, als es löst. Deshalb werden wir dem  
932 Schwarzmarkt den Boden entziehen und mit einem Cannabiskontrollgesetz auf der Grundlage  
933 eines strikten Jugend- und Verbraucherschutzes einen regulierten Verkauf von Cannabis in  
934 lizenzierten Fachgeschäften ermöglichen und klare Regelungen für die Teilnahme am  
935 Straßenverkehr einführen. Die Versorgung mit medizinischem Cannabis wollen wir verbessern  
936 und die Forschung dazu unterstützen.

**937 Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum****938 Ein Recht auf Wohnen ins Grundgesetz**

939 Alle Menschen brauchen angemessenen Wohnraum. Wohnen ist ein Menschenrecht. Aber es  
wird  
940 immer schwieriger, überhaupt Wohnungen zu finden. Und die Mieten und Immobilienpreise

941 steigen vielerorts immer noch weiter. Großstädte teilen sich immer stärker in  
942 Einkommensstadtteile auf, Innenstädten geht das Leben verloren. Viele Städte brauchen eine  
943 Neuausrichtung hin zu einem gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt. Deshalb gilt es zu  
944 handeln, damit gerade auch Familien, Studierende, Menschen mit Behinderungen, ältere  
945 Menschen oder Geringverdiener\*innen nicht in Bedrängnis geraten, sondern gut und sicher  
946 wohnen können. Wir wollen das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufnehmen. In Deutschland  
947 sind derzeit – nach Schätzungen – etwa 700.000 Menschen wohnungslos, 40.000 von ihnen  
leben  
948 ohne Obdach auf der Straße, mehr und mehr junge Menschen, Frauen und Familien. Um diesen  
949 Zustand zu beenden, wollen wir ein nationales Aktionsprogramm zur Vermeidung und  
Bewältigung  
950 von Wohnungs- und Obdachlosigkeit auflegen. Dabei ist der Housing-First-Ansatz ein zentraler  
951 Baustein, bei dem Obdachlose in eine Wohnung einziehen können, ohne sich zuvor für Hilfe  
952 „qualifizieren“ zu müssen. Kein Mensch soll ohne Obdach und eine dauerhafte würdevolle  
953 Unterbringung sein. Zudem werden wir einen Wohn- und Mietengipfel einberufen, der einen  
954 echten Dialog auf Augenhöhe zwischen den Mieter\*innen-Vertretungen, der Wohnungswirtschaft  
sowie Bund, Ländern und Kommunen schafft und gemeinsam neue, zukunftsfähige wie soziale  
955 Konzepte erarbeitet.  
956

#### 957 **Krisenbedingte Wohnungsverluste verhindern**

958 Wir wollen Mieter\*innen und Familien wie Lebensgemeinschaften mit selbstgenutztem  
959 Wohneigentum entlasten und vor einem krisenbedingten Verlust der eigenen Wohnung  
bewahren.  
960 Die Möglichkeit, die Miete oder Kreditrate nachzuzahlen, soll Kündigungen und  
961 Zwangsräumungen abwenden. Zwangsräumungen auf die Straße darf es nicht geben. Wir  
wollen  
962 kostenfreie Mieter\*innenberatungen und die Schuldner\*innenberatung in den Kommunen  
ausbauen.  
963 Bei krisenbedingten Einkommensausfällen soll ein Programm der KfW Bank („Sicher-Wohnen-  
964 Programm“) eine finanzielle Unterstützung von Mieter\*innen und Kreditnehmer\*innen  
965 sicherstellen. Vermieter\*innen, die auf diese Mietzahlungen angewiesen sind, sollten dann  
966 eine staatliche Unterstützung erhalten.

#### 967 **Neue Gemeinnützigkeit für sozialen Wohnraum**

968 Wir wollen neuen Wohnraum schaffen – und zwar vor allem familiengerecht und öffentlich,  
969 sozialraum- und gemeinwohlorientiert. Stattdessen gehen immer noch viele weitere  
970 Sozialwohnungen verloren – rund 100 jeden Tag. Wir werden deshalb die Mittel für den  
971 sozialen Wohnungsbau deutlich erhöhen und verstetigen, statt sie zu kürzen. Wir werden die  
972 Kommunen unterstützen, ihre bestehenden Wohnungsgesellschaften und  
gemeinwohlorientierten  
973 Baugenossenschaften zu stärken und neue zu gründen. Dazu werden wir mit einer neuen  
974 Wohngemeinnützigkeit für eine Million zusätzliche Mietwohnungen sorgen, sicher und auf  
975 Dauer. Die noch vorhandenen bundeseigenen Bestände sollen nicht mehr an private  
976 Investor\*innen veräußert, sondern ausschließlich verbilligt an Kommunen mit einer  
977 dauerhaften Sozialbindung abgegeben werden. So wollen wir in den nächsten zehn Jahren den  
978 Bestand an Sozialwohnungen um eine Million erhöhen. Zudem wollen wir Kommunen



ermöglichen,

979 mehr sozialen Wohnungsbau in Bebauungsplänen festsetzen zu können.

### 980 **Starke Mieter\*innen, faire Mieten**

981 Viele Menschen geben einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für ihre Wohnung aus,  
 982 viele können sich ihre Mieten nicht mehr leisten. Unser Ziel sind deshalb faire und  
 983 bezahlbare Mieten und starke Rechte für Mieter\*innen. Es wird ein bundeseinheitliches  
 984 Gesamtkonzept benötigt, das in einem Bundesgesetz gewährleistet, dass Mietobergrenzen im  
 985 Bestand ermöglicht werden und die Mietpreisbremse entfristet und deutlich nachgeschärft  
 986 wird. Unnötige Ausnahmen, beispielsweise beim möblierten Wohnen, schaffen wir ab. Reguläre  
 987 Mieterhöhungen sollen auf 2,5 Prozent im Jahr innerhalb des Mietspiegels begrenzt werden.  
 988 Dazu wollen wir qualifizierte Mietspiegel stärken, verbreiten und rechtssicher ausgestalten.  
 989 Zur Berechnung sollen die Mietverträge der letzten 20 Jahre herangezogen werden. Wir streben  
 990 an, die Modernisierungsumlage weiter abzusenken und auf maximal 1,50 Euro pro  
 991 Quadratmeter zu begrenzen, damit energetische Sanierungen perspektivisch  
 warmmietenneutral

992 möglich sind. Innerhalb eines solchen Gesamtkonzepts soll es im BGB ermöglicht werden, in  
 993 Regionen mit einem angespannten Wohnungsmarkt landesgesetzliche Regelungen dann zu  
 treffen,

994 wenn sie mindestens den Vorgaben des Gesamtkonzepts entsprechen. Dies muss  
 995 selbstverständlich verfassungsfest geschehen. Die Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf  
 996 Mieter\*innen schaffen wir ab. Außerdem setzen wir auch auf flächensparendes Wohnen, damit  
 997 der bestehende Wohnraum besser genutzt wird. So wollen wir es beispielsweise Mieter\*innen  
 998 erleichtern, ihre Wohnungen samt den bestehenden Verträgen zu tauschen. Das  
 999 Umwandlungsverbot im Baugesetzbuch und den Milieuschutz auszuweiten sind weitere  
 1000 Instrumente. Dazu stärken wir das kommunale Vorkaufsrecht auf Basis eines Ertragswerts, der  
 1001 bezahlbare Mieten sichert und spekulative Wertsteigerungen unterbindet. Mietwucher muss –  
 1002 nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz – auch tatsächlich geahndet werden. Eigenbedarfskündigungen  
 1003 sollen zudem deutlicher als heute auf die tatsächliche Nutzung durch die Eigentümer\*innen  
 1004 und die nahen Verwandten beschränkt werden, um Missbrauch zu unterbinden. Wir prüfen,  
 1005 inwiefern es möglich ist, in angespannten Wohnungsmärkten bei besonders schutzwürdigen  
 1006 Personengruppen Eigenbedarfskündigungen ganz auszuschließen. Um die Gemeinschaften der  
 1007 Mieter\*innen zu stärken und die Gemeinwohlorientierung auf dem Wohnungsmarkt umzusetzen,

1008 wollen wir echte Mitbestimmungsrechte und -instrumente entwickeln.

### 1009 **Immobilienpekulation und Geldwäsche am Wohnungsmarkt beenden**

1010 Wohnen ist ein soziales Grundrecht und der Wohnungsmarkt darf kein Ort für Spekulant\*innen  
 1011 sein. Zu häufig werden Immobilien zur Geldwäsche genutzt, das gilt es zu beenden. Wir  
 1012 planen, Transparenz durch ein Immobilienregister der Eigentümer\*innen einzuführen, die  
 1013 Grundbücher auch für Journalist\*innen, Nichtregierungsorganisationen und die Bewohner\*innen  
 1014 der Immobilien kostenfrei zugänglich zu machen und Bargeld beim Immobilienkauf zu  
 verbieten.

1015 Außerdem wollen wir den Missbrauch von sogenannten „Share Deals“ zur Steuerumgehung  
 beenden

1016 und setzen auf eine anteilige Besteuerung des Immobilienbesitzes bei Unternehmensverkäufen.

1017Veräußerungsgewinne aus privaten Immobiliengeschäften müssen angemessen besteuert werden.

1018Die Spekulation mit Bauland soll unterbunden werden. Wenn in Kommunen große Wohnungsnot  
1019herrscht, ergibt sich daraus eine Pflicht für Eigentümer\*innen, Grundstücke zu bebauen,  
1020statt auf höhere Preise zu spekulieren. Auch gegen Fehlnutzungen und spekulativen Leerstand  
1021von Wohnraum werden wir verstärkt vorgehen. Wir wollen zudem im Baugesetzbuch die  
1022Möglichkeit einer Ausgleichsabgabe zugunsten der Kommunen eröffnen.

### 1023**Grund und Boden gemeinwohlorientiert**

1024Grund und Boden unterscheidet sich von anderen Gütern, weil sie prinzipiell nicht vermehrbar  
1025und gleichzeitig unverzichtbar sind. Steigende Preise von Grund und Boden haben steigende  
1026Bau- und Wohnkosten zur Folge, was wiederum zu Verdrängung führt. Bei Fehlentwicklungen  
1027ergibt sich hieraus eine besondere Verpflichtung, staatlich einzugreifen. Wir wollen  
1028erreichen, dass die öffentliche Hand wieder eine strategische und gerechte Bodenpolitik  
1029betreibt. Der Bund soll seine eigenen Immobilien nicht länger meistbietend verkaufen,  
1030sondern gezielt die Schaffung von bezahlbarem und nachhaltigem Wohnraum, kulturellen,  
1031sozialen und gemeinwohlorientierten Einrichtungen fördern. Dafür wollen wir die  
1032Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in einen gemeinnützigen Bodenfonds umwandeln. Der  
Fonds

1033kauft neue Flächen strategisch zu und überträgt sie an gemeinwohlorientierte Träger. Die  
1034Flächen sollen bevorzugt in Erbpacht vergeben werden, um Sozialwohnungen dauerhaft sichern  
1035zu können. Werden sie veräußert, sollen Kommunen und kommunale Wohnungsgesellschaften  
ein

1036Erstzugriffsrecht erhalten. Die Einnahmen des Fonds fließen nicht in den Haushalt, sondern  
1037werden für den Zukauf weiterer Flächen verwendet.

### 1038**Erwerb von Wohneigentum erleichtern**

1039Wohneigentum ist für viele Menschen ein Wunsch, der wegen explodierender Immobilienpreise  
in

1040den meisten Regionen des Landes immer schwerer zu erfüllen ist. Wir wollen den Erwerb von  
1041Wohneigentum – auch im Bestand – erleichtern. Deshalb soll das Prinzip „Wer den Makler  
1042bestellt, bezahlt“ genauso für Immobilienkäufe eingeführt werden, so wie es für  
1043Maklerprovisionen bei Vermietungen bereits gilt. Wir streben an, die Courtage deutlich zu  
1044reduzieren, damit sie nicht auf verstecktem Weg zu noch höheren Kaufpreisen führt. Dazu  
1045wollen wir die Kaufnebenkosten weiter senken, indem wir es den Ländern ermöglichen, den  
1046Steuersatz der Grunderwerbssteuer beispielsweise für große Wohnungsunternehmen zu  
erhöhen

1047und für Selbstnutzende zu senken. Wir wollen Mietkauf für selbstgenutztes Wohneigentum über  
1048die Länder und Kommunen fördern, auch den Kauf und die Modernisierung leerstehender  
1049Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum unterstützen wir. Beteiligungen an  
1050Genossenschaften und den gemeinschaftlichen Erwerb durch Mieter\*innen, beispielsweise im  
1051Rahmen des Mietshäusersyndikats und anderer gemeinschaftlicher Projekte, wollen wir  
1052unterstützen, zum

1053Beispiel indem wir unbürokratisch günstige Kredite oder Bürgschaften gewähren.

### 1054**Ressourcenschonendes und kreislaufgerechtes Bauen vorantreiben**

1055 Wir können die Klimaziele nur mit einer konsequenten Bauwende hin zu ressourcenschonendem  
 1056 und nachhaltigem Bauen erreichen. Bei jeder Städtebau- und Gebäudeplanung sind künftig der  
 1057 gesamte Stoff- und Energieverbrauch für Bau, Betrieb und späteren Rückbau umfassend zu  
 1058 berücksichtigen. Eine Lebenszyklusbetrachtung soll verpflichtend für alle Baumaßnahmen  
 1059 werden, Erhalt und Aufbau auf Bestehendem bekommt Vorrang vor Neubau. Ziel ist eine  
 1060 komplette stoffliche Wieder- oder Weiterverwertung. Dafür setzen wir auf eine Veränderung  
 1061 der ökonomischen Rahmenbedingungen, ein Gebäude-Ressourcen-Gesetz und verbindliche  
 1062 Klimaschutzstandards bei allen gesetzlichen Vorgaben, Normen und Bauordnungen sowie eine  
 1063 nachhaltige Holzbaustrategie, damit künftig energie- und ressourcenschonend und giftfrei  
 1064 gebaut wird. Die öffentliche Hand muss bei alldem ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Die  
 1065 Forschung an und Markteinführung von nachhaltigen, klimafreundlichen Baumaterialien wollen  
 1066 wir stärken. Holz ist dabei ein wertvoller Rohstoff, seinen gezielten und effizienten  
 1067 Einsatz behalten wir im Blick, damit unsere Häuser nachhaltig, aber zugleich unsere Wälder  
 1068 nicht übernutzt werden. Wir fördern außerdem die Digitalisierung von Planen und Bauen. Um  
 1069 Gebäude kreislaufgerecht planen, bauen und modernisieren zu können, führen wir einen  
 1070 digitalen Gebäude-Materialpass mit allen relevanten Informationen über die verwendeten  
 1071 Materialien ein – unsere Gebäude und Bauschuttdeponien werden so zu Rohstoffminen. Die  
 1072 Reduktion des Flächenverbrauchs bei der Siedlungsentwicklung spielt eine zentrale Rolle beim  
 1073 Natur- und Artenschutz. Mit entsprechenden rechtlichen Vorgaben und Anreizen realisieren wir  
 1074 den Vorrang der Innenentwicklung und flächensparendes Bauen. Nicht mehr benötigte  
 1075 versiegelte Flächen werden der Natur zurückgegeben. Künftig wird mehr hoch als breit gebaut,  
 1076 Verkehrsflächen werden reduziert. Flächen, die noch versiegelt werden, müssen ortsnahe durch  
 1077 Entsiegelung ausgeglichen werden. So steigen wir in eine Flächenkreislaufwirtschaft ein, die  
 1078 letztlich keinen Nettoverbrauch an Boden mehr benötigt. Wir setzen uns ferner dafür ein,  
 1079 dass § 13 b des Baugesetzbuches nicht über das Jahr 2022 hinaus verlängert wird.

## 1080 **Wir investieren in lebenswerte Dörfer und Städte**

### 1081 **Regionale Daseinsvorsorge stärken**

1082 Für ein gutes, selbstbestimmtes Leben in allen Regionen brauchen wir eine Gleichwertigkeit  
 1083 der Lebensverhältnisse. Einschränkungen gibt es vielerorts, häufig unterscheiden sie sich  
 1084 von Region zu Region: Hier fehlt ein Zentrum im Dorf, dort werden in einer Kommune die  
 1085 Schwimmbäder geschlossen und vielerorts ist das Internet noch viel zu langsam. Unser Ziel  
 1086 ist es, dass individuelle Entfaltung, demokratische Teilhabe und gesellschaftliches  
 1087 Engagement überall im Land möglich sind. Wir brauchen gute Infrastruktur und den Zugang zu  
 1088 öffentlichen Gütern in den Kommunen. Deshalb wollen wir eine neue Gemeinschaftsaufgabe  
 1089 „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz verankern. Regionen, die heute mit großen  
 1090 Versorgungsproblemen zu kämpfen haben, sollen wieder investieren und gestalten können. Ziel  
 1091 ist, anhand von regionalen Indikatoren in den Bundesländern Förderregionen auszuwählen und  
 1092 die Stärkung der Kommunen in diesen Regionen zu unterstützen. Mit Regionalbudgets geben wir  
 1093 Bürger\*innen und Akteur\*innen vor Ort die Möglichkeit, ihre Dörfer und Städte selbstbestimmt  
 1094 zu entwickeln und zu gestalten. Für zentrale Versorgungsbereiche wie Gesundheit, Mobilität  
 1095 und Breitband wollen wir nötige Mindeststandards formulieren. Eine inklusive und  
 1096 solidarische Gesellschaft braucht Orte des Miteinanders, Orte gegen die Einsamkeit, Orte des  
 1097 gesellschaftlichen Zusammenhalts. Das kann

1098 ein Marktplatz sein oder ein Familienzentrum, der Jugendclub oder der Skatepark, die  
 1099 Stadtteilbibliothek, der Kulturbahnhof oder die freie Bewegungsfläche. Wir erarbeiten  
 1100 gemeinsam mit Expert\*innen und Bürger\*innen eine nationale Strategie gegen Einsamkeit. Und  
 1101 wir wollen mit den Kommunen und Initiativen vor Ort eine Bundesstrategie „Orte des  
 1102 Zusammenhalts“ auf den Weg bringen. Mit Bundeseinrichtungen in Ostdeutschland und der  
 1103 gezielten Ansiedlung von neuen Forschungsinstituten werden wir in strukturschwachen  
 Regionen  
 1104 wichtige Impulse setzen. Außerdem unterstützen wir die Idee der Errichtung eines  
 1105 „Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“.

### 1106 **Solide Finanzausstattung für Kommunen**

1107 Für eine starke kommunale Selbstverwaltung und eine belastbare öffentliche Daseinsvorsorge  
 1108 braucht es eine solide Finanzausstattung. Viele Kommunen schaffen es jedoch nicht einmal  
 1109 mehr, den ihnen übertragenen Pflichtaufgaben wie etwa der Reparatur von Gemeindestraßen  
 oder  
 1110 der Schulsanierung nachzukommen. Sie waren bereits vor der Corona-Krise finanzschwach oder  
 1111 verschuldet und ihr Handlungsspielraum verkleinert sich zunehmend. Das spüren die Menschen  
 1112 vor Ort unmittelbar. Wenn keine Finanzmittel für sogenannte freiwillige Leistungen wie  
 1113 Sport- oder Kultureinrichtungen und deren Erhaltung übrig ist, hat das Auswirkungen auf das  
 1114 gemeinschaftliche Leben in den Kommunen und auf das Vertrauen in den Staat. Wir wollen die  
 1115 Gemeindefinanzen besser und krisenfester aufstellen. Wenn Bund und Länder den Kommunen  
 neue  
 1116 Aufgaben zuweisen, müssen sie auch eine Finanzierung bereitstellen. Wir werden eine faire  
 1117 Unterstützung bei den kommunalen Altschulden und bei gemeindlichen krisenbedingten  
 1118 Steuerausfällen umsetzen, um auch hoch verschuldeten Kommunen wieder eine Perspektive zu  
 1119 geben. Für ihr Schuldenmanagement sollen die Kommunen auf die Unterstützung des Bundes  
 1120 zurückgreifen können, sofern sie dies wünschen. Wir wollen daher, dass für 2021 und 2022 die  
 1121 Gewerbesteuer ausfälle vollständig durch Bund und Länder übernommen werden. Außerdem  
 wollen  
 1122 wir eine Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung für Geduldete. Wir wollen mehr  
 1123 kommunale Investitionen ermöglichen, beispielsweise in Klimaschutz, die Verkehrswende,  
 1124 Gründungsinfrastruktur und Kultureinrichtungen. Dafür soll in einem ersten Schritt der  
 1125 Zugang zu Fördermitteln einfacher und unbürokratischer werden und sollen die Hürden für die  
 1126 Teilnahme besonders für finanzschwache Kommunen gesenkt werden. Wir wollen, dass Bund  
 und  
 1127 Länder den Kommunen mit einer gemeinsamen Kompetenzagentur für Förderpolitik und  
 1128 Investitionen mit Rat und Tat zur Seite stehen und die Umsetzung von Projekten ermöglichen.  
 1129 Es braucht mittelfristig aber eine grundsätzliche Neuordnung der Finanzierung der Kommunen:  
 1130 weg von immer mehr einzelnen Förderprogrammen, hin zu einer höheren Grundfinanzierung,  
 damit  
 1131 vor Ort entschieden werden kann, welche Ausgaben priorisiert werden.

### 1132 **Innenstädte neu gestalten**

1133 Innenstädte und Ortskerne, die man gerne besucht, in denen man verweilt und andere  
 Menschen  
 1134 trifft, tragen enorm zu unserer Lebensqualität bei. Sie bieten kulturellen Austausch und  
 1135 geben dem Leben in Stadt und Land eine Bühne. Mit einer guten Baukultur wollen wir

1136 Stadtzentren und Ortskerne lebenswerter, attraktiver und auch für alle Menschen sicherer  
 1137 machen durch neues Wohnen, Gewerbe, Bildung und Kultur. Eine kluge  
 Stadtentwicklungspolitik,  
 1138 nachhaltige Verkehrskonzepte und ein Städtebaunotfallfonds sind die besten Voraussetzungen,  
 1139 dass auch der Einzelhandel und das Handwerk dort eine Zukunft haben. Dafür wollen wir die  
 1140 Städtebauförderung neu ausrichten: für schönere Städte, mehr Stadtgrün und Wasserflächen,  
 1141 damit man auch in Zeiten immer heißerer Sommer gut in der Stadt leben kann. Mit zusätzlichen

1142 Mitteln für Smart-City-Projekte unterstützen wir den Aufbau unabhängiger digitaler  
 1143 Plattformen, mit denen insbesondere der inhabergeführte stationäre Einzelhandel attraktive  
 1144 Angebote machen kann. Dazu arbeiten wir gegen Verdrängung und Leerstand an. Eine Million  
 1145 neue gemeinnützige Wohnungen sollen in den nächsten Jahren in unseren Städten entstehen.

Mit

1146 dem „100.000 Dächer und Häuser“-Programm investieren wir in den Dachausbau und die  
 1147 Modernisierung leerstehender Wohnungen. Dafür braucht es ausreichend Planer\*innen in den  
 1148 Kommunen und Kapazitäten im Baugewerbe. Kleineren Gewerben wie Handwerksbetrieben,  
 sozialen  
 1149 und Kulturprojekten sowie Clubs wollen wir mit einem Gewerbemietrecht und über die  
 1150 Baunutzungsverordnung eine zentrale Lage in den Städten bewahren und neu ermöglichen.  
 1151 Bundeseigene Immobilien sollen zukünftig nur noch an gemeinnützige, öffentliche oder am  
 1152 Gemeinwohl orientierte Träger abgegeben werden.

### 1153 **Ländlich leben, digital arbeiten**

1154 Das Leben auf dem Land und im Dorf hat viel zu bieten. Gründer\*innen, Familien oder  
 1155 Freischaffende – alle brauchen schnelles und zuverlässiges Internet für ihr Leben. Eine  
 1156 ausreichend schnelle Breitband- und Mobilfunkversorgung gehört zur Daseinsvorsorge. Das  
 1157 Recht darauf muss jede\*r Bürger\*in schnell und unbürokratisch durchsetzen können. Wir  
 1158 schaffen Ankommens- und Bleibeperspektiven für Jung und Alt. Über die Gemeinschaftsaufgabe  
 1159 für Agrar- und Küstenschutz fördern wir Wohnprojekte für alle  
 1160 Generationen, Co-Working, die Aktivierung von Leerstand sowie gemeinschaftliche und  
 1161 genossenschaftliche Wohnformen. Wir schaffen Anreize für die Revitalisierung alter  
 1162 Bausubstanzen statt für Neubauten auf der grünen Wiese und unterstützen Programme und  
 1163 Initiativen zur Umnutzung von Leerstand, beispielsweise für Co-Working-Spaces, soziale und  
 1164 kulturelle Einrichtungen oder die Wiederansiedlung von Lebensmittelgeschäften in kleinen  
 1165 Ortschaften. Bahnhofsgebäude wollen wir als gemeinwohlorientierte Räume zu einladenden  
 1166 Mobilitätsknotenpunkten weiterentwickeln und attraktiver machen. Damit verknüpfen wir die  
 1167 Bahn mit den Ortschaften. Wir unterstützen die Landesprogramme zu Markttreffs: wenn zum  
 1168 Beispiel Supermärkte ihre Flächen so umbauen, dass sie Café, Bank- und Postfiliale  
 1169 integrieren. Kommunen sollen Zuschüsse bekommen, wenn sie öffentliche Einrichtungen,  
 1170 Sporthalle, Bibliothek, Spielplatz, Working-Space oder Kino unter dem Dach eines  
 1171 Kulturzentrums zusammenfassen.

### 1172 **Schnelles Internet überall**

1173 Egal ob Stadt oder Land, ob mobiles Arbeiten, innovative Wirtschaft oder Unterricht –  
 1174 schnelles Internet ist die essentielle Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe sowie  
 1175 gleichwertige Lebensverhältnisse und gehört für uns zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Mit  
 1176 weniger als zwei Millionen aktiven Glasfaseranschlüssen ist Deutschland aber in allen

1177europäischen und internationalen Vergleichen weit abgehängt. Dabei gehört Glasfaser die  
 1178Zukunft. Unser Ziel ist schnelles, kostengünstiges und zuverlässiges Glasfaserinternet  
 1179(FTTB) in jedem Haus. Wir sorgen dafür, dass Fördergelder unbürokratisch dort ankommen, wo  
 1180sie am nötigsten gebraucht werden. Wir stärken den offenen Zugang zu bestehender Glasfaser  
 1181und bauen Blockaden ab, um den Ausbau zu beschleunigen. Der umfassende Glasfaserausbau  
 soll  
 1182auch im Rahmen von Betreibermodellen vorangetrieben und langfristig gesichert werden. Um  
 den  
 1183Menschen auch kurzfristig schnellere Internetzugänge zu ermöglichen, wollen wir einen  
 1184Rechtsanspruch auf schnelle Internet-Grundversorgung so ausgestalten, dass er unbürokratisch  
 1185und leicht durchsetzbar wird. Mit Mindestbandbreiten, die sich an den Nutzungsgewohnheiten  
 1186der Menschen orientieren. So sorgen wir für eine zügige Schließung der weißen Flecken. Die  
 1187Netzneutralität wollen wir weiter absichern und konsequent durchsetzen. Und wir machen  
 1188Schluss mit der Bandbreiten-Schummelei: Wenn Telekommunikationsunternehmen nicht die  
 1189versprochenen Download-Geschwindigkeiten liefern, soll es unkomplizierten pauschalierten  
 1190Schadensersatz und hohe Bußgelder geben. Beim Mobilfunkausbau gilt es eine flächendeckende  
 1191Versorgung sicherzustellen, egal in welchem Netz man surft. Wo die Anbieter keine  
 1192Kooperationsvereinbarungen treffen, um Funklöcher zu schließen, muss notfalls lokales  
 1193Roaming angeordnet werden, natürlich mit entsprechender Vergütung. Bei zukünftigen  
 1194Frequenzversteigerungen sollen die Versorgungsaufgaben für die Fläche so angepasst werden,  
 1195dass sie mit dem steigenden Bedarf Schritt halten – insbesondere entlang von Bahnstrecken  
 1196und Straßen.

### 1197 **Selbstbestimmt im Alter, in Stadt und Land**

1198Wir wollen Selbstbestimmung auch im Alter ermöglichen. Wir wollen den Abbau von Barrieren in  
 1199Wohnungen und im Wohnumfeld stärker finanziell fördern und somit älteren Menschen  
 1200ermöglichen, länger als bisher in ihrer vertrauten Umgebung selbstbestimmt wohnen zu  
 1201bleiben. Gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht Selbstbestimmung. Wir verfolgen den  
 1202generationenfreundlichen Ansatz der „Age-friendly Cities and Communities“ der  
 1203Weltgesundheitsorganisation – auch für ältere Menschen in Stadt und Land und im digitalen  
 1204Raum. Den wollen wir mit einem Programm fördern, bei dem Ansprechstellen und  
 Gemeindezentren  
 1205über altersgerechtes Wohnen, Weiterbildungsangebote, Pflege und soziale Sicherung sowie  
 1206Möglichkeiten, sich im Dorf oder im Stadtteil zu engagieren, informieren. Um die Teilhabe  
 1207auch in der digitalen Welt zu verbessern, wollen wir Initiativen praktischer Bildung und  
 1208Anwendung im Lebensumfeld und in den Treffpunkten älterer Menschen wie  
 Nachbarschaftszentren  
 1209und Bibliotheken fördern. Zur Selbstbestimmung gehört auch, den eigenen Bedürfnissen  
 1210entsprechend mobil zu sein, unabhängig vom eigenen Pkw. Dafür muss das  
 Nahverkehrsangebot in  
 1211den Städten und auf dem Land ausgebaut und intelligent vernetzt sowie mit intelligenten On-  
 1212Demand-Systemen wie beispielsweise Rufbussen ergänzt werden. Es braucht flächendeckend  
 1213barrierefreie Zugänge zu allen öffentlichen Verkehrsmitteln und die Wege zu ÖPNV und  
 1214Nahversorgung sollen mit genügend Möglichkeiten zum Ausruhen und „Kräftesammeln“  
 1215ausgestattet werden.